

Bezugspreis:

Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 2.40 Reichsmark voraus zahlbar.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Hoff und Zeit“ mit „Gedanken und Kleingarten“ sowie der Beilage „Unterhaltung und Wissen“ und Frauenbeilage „Frauenstimme“ erscheint wöchentlich zweimal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3

Donnerstag, den 5. November 1925

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3

Zentrum gegen Deutschnationale.

Weiteres Zusammenarbeiten unmöglich.

Das Zentrum hat gestern eine stark besuchte Fraktions-sitzung im Reichstag abgehalten, über deren Ergebnis folgende Mitteilung veröffentlicht wird:

In ihrer sachlichen Stellung zu dem Vertragswert von Locarno wartet die Zentrumsfraktion des Deutschen Reichstages das Ergebnis der auf die Rückwirkungen bezüglichen Verhandlungen ab.

Ueber die Nachmittags-sitzung der Zentrumsfraktion wird berichtet, daß sich die Besprechungen um den eventuellen Wiedereintritt des Reichskanzlers a. D. Wirth in die Reichstagsfraktion drehten.

An der Tür, durch die die Deutschnationalen ihren Auszug aus der Regierungskoalition vollzogen, hat die Reichstagsfraktion des Zentrums den Schlüssel umgedreht.

Will man im Wilde bleiben, so kann man sagen: der Schlüssel ist zwar umgedreht, aber stecken geblieben, und die Volkspartei macht sich in verdächtiger Weise an ihn heran.

Das ist auch unsere Meinung, und darum haben wir, im Gegensatz zu anderen Blättern, die mit großem Eifer neue Mehrheiten für neue Regierungen berechnen, eine Rechnung noch gar nicht aufgestellt.

Allerdings kann der gestrige Zentrumsbeschluss einen Strich durch die Rechnung derjenigen deutschnationalen Taktiker bedeuten, die wieder um- und damit wieder in die Regierung hineinfallen wollen.

Sozialdemokraten bei Luther. Der Reichskanzler empfing gestern im Beisein des Reichsaussenministers die Genossen Hermann Müller, Breitfeld und Hildebrand.

Zuvor hatte der Reichskanzler eine Besprechung mit dem Vorsitzenden der deutschnationalen Reichstagsfraktion, Grafen Westarp. Auch der Vorsitzende der demokratischen Reichstagsfraktion, Abg. Koch, hatte gestern eine Unterredung mit dem Reichskanzler.

Unannehmbar!

Die „Baterländischen“ gegen Locarno und Völkerbund. Die Vereinigten Vaterländischen Verbände lassen nachträglich erklären, daß sie auf ihrer Tagung mit dem

Stahlhelm, dem Werwolf und dem Lannenbergbund folgende Entschliebung getätigt haben:

„Wir lehnen den Vertrag von Locarno als eine freiwillige Anerkennung des Diktats von Versailles ab. Unannehmbar ist uns der Verzicht auf deutsches Land und Volk, unannehmbar der Eintritt in den Völkerbund.

Man darf neugierig sein, ob sich die Deutschnationalen, aus deren Mitgliedern sich die „Baterländischen“ hauptsächlich rekrutieren, nun dem Diktat von Versailles oder dem Diktat der Vaterländischen unterwerfen werden.

Amtliches zu Schieles Ja.

Nicht freudig, aber laut!

Von amtlicher Seite wird WTB. mitgeteilt: Ueber Aeußerungen des Reichsministers Schiele bei den Besprechungen des Reichskabinetts zum Ergebnis von Locarno sind in einigen Presseorganen ungeachtet der strengen und unbedingt erforderlichen Vertraulichkeit der Kabinettsberatungen unrichtige und irreführende Darstellungen gegeben worden.

Im „Berliner Tageblatt“ vom 2. November wird mitgeteilt, der Reichsminister des Innern habe in einer Kabinetts-sitzung vom 22. Oktober gesagt: „Wenn ich gefragt werde, ob ich das Wort von Locarno billige, so antworte ich mit einem lauten, freudigen Ja.“

er könne aber schon jetzt sagen, daß er mit lautem „Ja“ antworten werde.

wenn es sich um die allgemeine Billigung der Arbeit der Delegation im Sinne der Richtlinien des Kabinetts handle.

Die Mitteilung des „Hamburgischen Korrespondenten“ vom 3. November, Reichsminister Schiele habe bei seinem Abschiede aus dem Kabinett „es auf das tiefste bedauert, daß die Fraktion dem Druck der Heißsporne und unverantwortlichen Landesverbandsvorsitzenden nachgegeben hätte“, ist weder dem Wortlaut noch dem Inhalt nach zutreffend.

Danach steht jetzt amtlich fest: erstens, daß Herr Schiele nicht erst am 22. Oktober, sondern schon drei Tage zuvor sein „lautes Ja“ gesprochen hat, zweitens, daß er, ebenso wie Schlieben und Reuhaus, der Paraphierung zugestimmt, drittens, daß er, ebenso wie Schlieben und Reuhaus, am 22. Oktober das materielle Ergebnis von Locarno gebilligt hat.

Den Mut, für seine Ueberzeugung außerhalb des Kabinetts öffentlich einzutreten, hatte er aber ebenso wie Schlieben und Reuhaus, nicht aufgebracht. Nach alledem werden die Deutschnationalen zugeben müssen — sie haben es bisher schon durch ihr Schweigen zugegeben —, daß der „deutsch-nationale Führergedanke“ eine Pleite erlebt hat, wie sie noch nicht dagewesen ist.

Das Ende der deutschnationalen Parteiherrschaft im Reich ist eine Tragödie der Subalternität.

Ende des Wiener Bäckerstreiks?

Wien, 4. November. (WTB.) Das Einigungsamt hat in dem Bohnkonflikt im Bäckergerbe und in den Brotfabriken den Arbeitern eine Lohnerhöhung von 5 Proz. zugesprochen. Beide Parteien haben erklärt, bis Freitag, 2 Uhr, dem Einigungsamt befristet zugeben, ob sie den Schiedsspruch annehmen.

Klassenjustiz?

Eine Betrachtung zum Fall Loeb.

Von Otto Landsberg.

Jeder Zweifel an der Bornheitslosigkeit deutscher Gerichte und Anklagebehörden, der auf Grund ihrer Einstellung in politischen Strafsachen ausgesprochen wird, gilt in Deutschland als ein Anzeichen ruchloser Gesinnung.

Vor einigen Wochen schrieb der „Völkische Beobachter“: „Ein Mensch, der an Strejmanns Stelle für Frankreich etwas Ähnliches (wie den Pakt von Locarno) unterschrieben hätte, wäre nach seiner Rückkunft in Paris wie ein Hund erschlagen worden.“

Den Anklagezeifer, den die berufene Stelle im Falle des „Völkischen Beobachter“ vermissen läßt, bewiesen die Weimarer Behörden im Reineidsprozess gegen den Genossen Loeb. Es ist begreiflich, daß Loeb den Wunsch hatte, in öffentlicher Gerichtsverhandlung seine Schuldlosigkeit zu beweisen, nachdem der Staatsanwalt zwar die Einstellung des Verfahrens beantragt, aber das Fortbestehen des Verdachtes einer Verletzung der Eidspflicht zu betonen für gut befunden hatte.

Die Hauptverhandlung hat denn auch den ganzen Vorgang so vollständig aufgeklärt, daß nicht der mindeste Verdacht gegen Loeb übrig blieb. Und nun ereignete sich das Unfassbare, daß derselbe Staatsanwalt, der vor der restlosen Aufhellung des Sachverhaltes nicht einmal einen zur Eröffnung des Hauptverfahrens hinreichenden Tatverdacht für vorliegend erachtet hatte, nach völliger Klarstellung des Falles den Angeklagten des Reineides für schuldig erklärte und seine Verurteilung zu 1½-jähriger Zuchthausstrafe beantragte.

Und er hat sich gleichwohl für befugt erachtet, nach gänzlich widerlegter aller Verdachtsmomente die Bestrafung Loebs zu fordern! Wer wagt es noch, für seinen Strafantrag Rechtfertigungsgründe vorzubringen? Selbst wenn er den unverständlichen Auftrag erhalten haben sollte, die Verurteilung zu fordern, durfte er ihn nicht ausführen.

Und was soll man zu dem Urteil der Frankfurter Strafkammer sagen, die dem Genossen Loeb den Un-

sprach auf Glaubwürdigkeit mit Gründen verlagte, die größtenteils durch den Inhalt ihrer eigenen Aktien widerlegt wurden? Soll es ein Zufall gewesen sein, daß der Vorsitzende dieser Strafkammer ein tätiges Mitglied der Deutschnationalen Volkspartei ist?

Es widerstrebt uns, von Klassenjustiz zu sprechen und damit ein Wort anzuwenden, das für Verirrungen der Justiz eine gewisse Entschuldigung in sich birgt. Was im Falle des Genossen Loeb in Weimar geschehen ist, stellt sich als der Versuch der Anklagebehörde dar, einen ihr wegen seiner Parteilichkeit verhassten Mann in Kenntnis seiner Nichtschuld auf gerichtlichem Wege zu vernichten.

Was sagt Herr v. Borfig?

Die Methoden der Arbeitgeberpolitik.

Gegen den von uns bereits besprochenen Verteidigungsartikel, den der Vorsitzende der Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände Dr. E. v. Borfig in seiner Verbandszeitung veröffentlicht hat, um die Arbeitgeberpolitik zu rechtfertigen, wendet sich auch „Der Deutsche“, das Blatt Stegerwalds. Es schreibt u. a.:

„Immerhin — es sei den Arbeitgeberverbänden überlassen, welche Methoden sie zur Anwendung bringen wollen, um ihre sozialpolitischen Ziele der Öffentlichkeit schmackhaft zu machen, ob sie damit Zeitungen kaufen oder Flugblätter herstellen, ob sie Bücher, Schriften oder Wanderredner in die Welt schicken. Aber mit Fug und Recht muß sich die Arbeitnehmererschaft verbiten, daß sogenannte „Arbeiterstimmen“ zur Propaganda in ihren Reihen benutzt werden, die ihre geistige Welke im Lager der Arbeitnehmer erhalten haben. Ist es Herr v. Borfig bekannt, daß sogenannte Aufklärungsschriften von der Vereinigung bei angeblich sozialistisch und arbeiterfreundlich aufgemachten Verlegern in Auftrag gegeben worden sind, für die nicht nur das Geld und das geistige Material der Arbeitgeber aufgewandt worden ist, sondern die auch unter Kontrolle der Vereinigung entstanden sind und von ihr vertrieben worden? Der „Vorwärts“ bezeichnet in einer parteiunabhängigen Warnung vom 26. Oktober solche Verleger mit Namen. Wir wissen, daß die es sind, deren Schriften in ganz großen Auflagen unter Regie der Vereinigung hergestellt und unter neutralem Deckmantel an alle möglichen sozialpolitisch interessierten Stellen verandt worden sind. Auf allen Tagungen der letzten Zeit ist man diesen Heften begegnet. Sogenannte Arbeiterführer waren ihre Verfasser und — Arbeitgeber sind bei Lichte besehen die Geldleute dafür, ohne daß die Verfasser von diesen Zusammenhängen eine Ahnung haben. Ist das keine geistige Notzucht, Herr v. Borfig?“

Wir können nur bestätigen, daß die hier angeführten Vorgänge es sind, mit deren Aufklärung sich unsere Parteinstellen jetzt beschäftigen. Von dem Ergebnis wird Mitteilung gemacht werden. Weiter schreibt der „Deutsche“ aber:

„Und weiter, die Willensfreiheit. Wir anerkennen und respektieren die freie Persönlichkeit und das Recht der freien Forschung auch da, wo es den Arbeitnehmern unbequem sein könnte. Aber darum sind wir um so lebhafter daran interessiert, daß diese Freiheit wirklich eine freie ist. Das kann aber nicht der Fall sein, wo zwischen den Gelehrten und irgendwelchen Interessentengruppen durch materielle Gefälligkeiten Beziehungen bestehen, die unwillkürlich Hemmungen auslösen müssen und, gerade in den Punkten auslösen müssen, bei denen es darauf ankommt, gegebenenfalls gegen diese Interessenten zu erkennen. Das sind Hörigkeitsverhältnisse, wenn sie durchaus nicht immer ganz grob-materiell greifbar sind. Man vermeide auf Arbeitgeberseite den Schein, der unbedingte Gehalt ist, wenn man weiß, daß nicht nur die üblichen Honorare, sondern auch laufende Subventionen gezahlt worden sind.“

Diese Erklärung läßt an Deutlichkeit auch nichts zu wünschen übrig. Mit ihren sachlichen Angaben hätte sich die deutsche Professorenschaft einmal gründlich zu befassen, wenn sie nicht den Mafel auf sich sitzen lassen will, künstliche Elemente unter sich zu haben.

Zur Preisabbauaktion.

Besprechungen mit Handwerk und Kleinhandel.

Die amlich gemeldet wird, empfangt der Reichszentralrat gestern in Gegenwart der Reichsminister Graf von Kottow und Dr. Krohne Vertreter des Handwerks und Kleinhandels aus der Lebensmittelbranche zu einer von diesen erbetenen Aussprache über die Preisentlastungsaktion. Ingeordnet einiger Beschwerden, die die Gewerbetreibenden über die praktische Durchführung der Regierungsaktion vorzubringen hatten, bestand völliges Einverständnis darüber, daß die Preisentlastungsaktion mit größtem Nachdruck gegenüber allen Wirtschaftsklassen durchzuführen sei.

Unrichtig ist es, wenn von anderer Seite behauptet wird, der Zentralrat sei bei dieser Gelegenheit von den Konsumgenossenschaften abgerückt, deren preisentlastende Tätigkeit er bei früheren Anlässen immer anerkannt hat. Dagegen trifft es zu, daß die Vertreter des Handels und Handwerks gegen die „Uebergriffe“ bei der Preisentlastung aufgetreten sind. Daß mit einer Bekämpfung von Mißgriffen, die durchaus vorkommen sind, nichts gegen die jetzt noch unentbehrliche Preisentlastungsaktion selbst gesagt ist, das dürfte auch der Auffassung aller ehrlichen Kaufleute und Handwerker entsprechen, obgleich ihre Verbände noch immer dagegen ankämpfen. An dem Erfolg der Preisabbauaktion freilich ist solange zu zweifeln, als dieser nicht durch einen wirksamen Abbau der Zölle erzwungen wird.

Trennung der schlesischen Provinzen.

Bevorstehende gesetzliche Regelung.

Das Preussische Kabinett hat dem Staatsrat einen Gesetzentwurf über die Trennung und Auseinanderlegung der Provinzen Ober- und Niederschlesien zugestellt. Der Entwurf sieht den Uebergang aller Selbstverwaltungs- und Auftragsangelegenheiten der früheren Provinz Schlesien auf die beiden Provinzen Ober- und Niederschlesien vor. Da die bisher noch gemeinsame treuhänderische Verwaltung mit Inkrafttreten des Gesetzes ihr Ende findet, wird für die Uebergangszeit bis zur Vollendung der Auseinanderlegung mit der Wahrnehmung der Rechte und Pflichten der früheren Provinz Schlesien ein Abwicklungskommissar betraut. Der Gesetzentwurf regelt ferner die Verhältnisse der Beamten der früheren Provinz Schlesien und enthält Vorschriften über die Provinzialhochschulen, die Landeskulturdenkmal, die Ruhegehälter, Witwen- und Waisenklassen und die Provinzial-Lebens- und Haftpflichtversicherungsanstalten und verteilt schließlich die besonderen sich aus dem schlesischen Hochwasserrecht und dem Obergesetz ergebenden Rechte und Pflichten der früheren Provinz Schlesien auf die beiden neuen Provinzen. Der letzte Teil des Gesetzentwurfs befaßt sich mit der vermögensrechtlichen Auseinanderlegung, die einem besonderen Schiedsgericht übertragen werden soll. Schließlich wird die rechtliche Grundlage für einen etwaigen Zusammenschluß beider Provinzen zu einem Zweckverband bei gegenseitigem Einverständnis geschaffen. Die schlesische Feuer- und Lebensversicherungsanstalt, die Landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft und die Landesversicherungsanstalt werden von dem Entwurf nicht berührt.

Beleidigungsklage Faulhaber.

Ein neuer politischer Dieselprozess.

Hamburg, 4. November. (Eigener Drahtbericht.) In dem Prozess den Kardinal Faulhaber-München gegen den Schriftsteller Huppertz anstrengte, fand am Mittwoch vor der Strafkammer III des Hamburger Landgerichts die Berufungsverhandlung statt. In der ersten Instanz war Huppertz freigesprochen worden. In der Begründung dieses Freispruches, die in der ganzen deutschen Presse scharf kritisiert worden ist, wurde gesagt, daß Huppertz in seiner Behauptung eines berechtigten Interesses aller nicht zur katholischen Kirche gehörigen Deutschen gehandelt habe, weil er gegen die außerdeutschen Einflüsse, die in der Zentrumspartei maßgebend seien, gekämpft habe. In der Berufungsinstanz verlangte das Gericht Beweise für die ausgesag-

ten Behauptungen. Huppertz beantragte die Vernehmung von Auer, Graf Bothmer, Hüller, von Gerlach, Straßler, Breitscheid, Stegried, Jacobsohn und Lubendorf. Das Gericht beschloß, dem Antrage stattzugeben und vertagte die Verhandlung auf unbestimmte Zeit. Man wird nun mit einer längeren Prozessdauer rechnen müssen, da beabsichtigt ist, die ganze ultramontane Politik der letzten Zeit zu erörtern.

Völkerrechtslehrer für Locarno.

Ein rechtswissenschaftliches Gutachten.

Der Rat der Deutschen Gesellschaft für Völkerrecht trat am Mittwoch zu einer mehrtägigen Sitzung im Hotel „Der Kaiserhof“ in Berlin zusammen, um in Verbindung mit einem Pfingsten 1925 gebildeten außerordentlichen Studienauschuss für die Fragen der Friedenssicherung Stellung zu den Entwürfen von Locarno zu nehmen. Außer den Mitgliedern des Vorstandes, Professor Dr. Riemer, Kiel, Reichsgerichtspräsident Dr. Simons und Professor Dr. Schäding, Geheimrat Professor Dr. Beer, Berlin, Professor Dr. Soenborn, Kiel, haben sich die Mitglieder des Rates annähernd vollständig, darunter die Völkerrechtslehrer Triepel, Berlin, Kaufmann, Bonn, van Calker, Freiburg, Neumeyer, München, Kraus, Königsberg, Laun, Hamburg, Fleischmann, Halle, Strupp, Frankfurt a. M., Perels, Hamburg, und hervorragende Praktiker des internationalen Rechtes, zusammengefunden.

In dem Programm der Sitzung war hervorgehoben, daß den Zwecken der Gesellschaft für Völkerrecht gemäß es sich lediglich um wissenschaftliche und technische Erörterungen und dementsprechende Stellungnahme handelt.

Der Rat der Deutschen Gesellschaft für Völkerrecht hat einstimmig der Auffassung Ausdruck gegeben:

1. Daß die Anlage A zum Schlussprotokoll von Locarno dem Selbstbestimmungsrechte der Völker in friedlicher Entwicklung nicht entgegensteht;

2. daß durch Artikel 3 der Anlage A zum Schlussprotokoll von Locarno jede Streitigkeit zwischen Deutschland und Frankreich sowie zwischen Deutschland und Belgien über die Auslegung der zwischen ihnen bestehenden Verträge einschließlich des Versailler Vertrags und des Rheinlandabkommens dem schiedsgerichtlichen Verfahren unterworfen wird;

3. mit Beziehung auf Anlage F des Schlussprotokolls von Locarno, daß Deutschland, wenn es mit Rücksicht auf seine militärische und geographische Lage seine Zustimmung zu Maßnahmen der internationalen Exekution gemäß Artikel 16 des Völkerbundespaktes verweigert, damit nur von einem ihm zustehenden und im Geiste des Völkerbundespaktes liegenden Rechte Gebrauch macht.

Landtagsbeginn in Baden.

Karlsruhe, 4. Nov. (WZ.) In der heutigen Nachmittagsitzung des badischen Landtages wurde eine Veränderung der Geschäftsordnung in der Richtung beschaffen, daß künftig für die Bildung einer Fraktion 6 Mitglieder erforderlich sind. Damit erhalten die demokratischen Abgeordneten Fraktionsrechte. Bei der Wahl des Präsidenten des Landtages wurde der bisherige Landtagspräsident Dr. Baumgartner (Z.) mit 65 von 69 Stimmen wiedergewählt. Dr. Baumgartner nahm die Wahl an. 1. Vizepräsident wurde Walter Heideberg (Soz.), 2. Vizepräsident v. Au (bürgerliche Vereinigung).

Kein Projekt gegen die SPD-Zentrale. Der vom Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik für den 16. November 1925 angelegte Prozess gegen die Zentrale der SPD. (Heder u. Gen.) ist auf unbestimmte Zeit vertagt worden.

Das neugewählte lettlandische Parlament ist Dienstag zusammengetreten. In der ersten Sitzung wurde der Sozialist Kalm in zum Präsidenten des Parlaments wiedergewählt. Der Staatspräsident Tikhalski hat, wie bereits angekündigt war, den Bestimmungen der Verfassung entsprechend, sein Amt niedergelegt. Die Regierung hat ihre Demission eingereicht.

Senator Henry de Juvenel, der ehemalige Chefredakteur des „Matin“, soll zum französischen Oberkommissar in Syrien ernannt werden.

Oratorienabend im Rundfunk. Der Rundfunk hat wie seine schlechten, so seine guten Stunden. In seinen besten kann er uns vergessen machen, daß er trotz allem schließlich doch nur ein Erfindungsprodukt ist. (Für den Transport über Eisenbahnen, sterilisierte Kunst an Stelle frischer.) Für den Oratorienabend dankt dir, Funktor, und deinem Leiter Ludwig Reich! Du machst uns die Romberg-Komposition von Schillers „Glocke“ schmackhaft, die sonst doch wohl in ihrer Gesamtheit uns musikalisch nicht mehr fesseln kann. Verzeiht, Solisten, euch höre ich lieber in anderen Werken, lieber noch auf dem Podium. Aber an sich war der Gedanke, einen Oratorienabend zu bringen, gut und wird vielen Rundfunkhörern Freude gemacht haben. Wirkungsvoll Wendelssohns „Gott sei mit gnädig“ aus „Paulus“, gesungen von Theodor Hef van der Wyl, vor allem aber Handys Solistenstellen aus der „Schöpfung“ und den „Jahreszeiten“ (Eugen Tranzy und Nora Bisling-Boas). Das Jung-Druckwerk unter Bruno Seidler-Winkler sang dazu ausgezeichnet. Und für die Längen des Romberg-Werkes belohnte schließlich der Goetheische Epilog, den Arthur Krausend mit edlem Pathos sprach. Les.

Vortrag Richard Huelsenbeck. In der Aula Dortheenstraße sprach Dr. Richard Huelsenbeck über die wirtschaftliche und politische Lage Chinas. Huelsenbeck, der vor einiger Zeit Ostasien bereiste, verfuhrte aus eigener Anschauung ein klares Bild dieses problematischen Landes zu geben; er sprach über die Stellung der Europäer zu den Chinesen, über die Reservatrechte, die jene sich vorbehalten haben und die heute den Chinesen unentzählig geworden sind. China ist augenblicklich im Begriff, sich von der europäischen Bevormundung zu lösen, aber das Land hat seinen Zentralnerv, die patriarchalisch-konfuzianische Lebensanschauung verloren, es weiß selbst nicht, wohin es steuern soll. Das Land, ein teilweise noch unerschlossenes Abgabegbiet der europäisch-amerikanischen Industriestaaten, wird einmal der Ort großer Auseinandersetzungen der einzelnen Interessenten werden. Ausgezeichnete Lichtbilder unterstützten die Ausführungen des Redners.

Staatsankunft in der Jungfrauen-Kathedrale. Der Preussische Staatsminister hat heute folgender Dank für die Sammlungen des Staates erbracht: O. Goltz, Reichsleiter, Düsseldorf, O. Goltz, Berlin, Goltz, O. Goltz, Groß-Pöschel, Berlin, Rudolf Jacoby-Berlin, Eugen v. Kameke-Waldheim, A. Kammmerer, A. Kammmerer-Berlin, Prof. Walter Altmann-Weymar, Otto Marquardt-Berlin, Prof. Fritz Reiser-Berlin, Carl Richter, Paul Speer-Berlin, Alle Siegen-Deuten, Friedrich Winkler-Lauenberg, West Heinrich Wolheim-Berlin.

Deutscher Wanderversand. Heute abend 8 Uhr. Bericht in der Aula des Rathauses 13 Adolf Hoffmann über „Religion und Sozialismus“.

Vorträge über Serlentunde und Seelenkunde, mit besonderer Berücksichtigung der Psychoanalyse, hält Dr. Walter Ringe im „Rathaus“, Rindfleischstr. 97. Die anschließenden Kurse beginnen am Donnerstag, den 5. November, abends 8 Uhr. (10 M. für fünf Vorträge.)

Schauspiel-Theater. Heute abend 8 Uhr veranstaltet die Bekannte im großen Saal des Zentralinstituts für Erziehung und Unterricht, Potsdamer Str. 120, die Aufführung von Schellen und Marionettenspielen von Georg Dell und Peter Paul Rohlfanz. Karten an der Abendkasse.

„Ein Wort zu den Museumsbauten.“

Vom Genossen Dr. Heinrich Baentig, dem Vorsitzenden des Hauptauschusses des Preussischen Landtages, erhalten wir folgende Zuschrift:

In der Morgenauflage des „Vorwärts“ vom 4. November ist unter obiger Ueberschrift ein Artikel erschienen, der im Interesse der Sache nicht un widersprochen bleiben darf. — Zunächst: Wie lautet der beantragte Ausschussantrag?

„Der Landtag wolle beschließen: Das Staatsministerium wird aufgefordert, dahin zu wirken:

1. daß die Ausbesserung des wasserdurchlässigen Glasdaches des Museumsneubaus schnellstens durchgeführt und dabei, im Interesse der Sicherung hochwertiger Kunstwerke, das vom Kultusministerium empfohlene Verfahren möglichst berücksichtigt werde;

2. daß die im Widerspruch zur Bauleitung im Nordflügel des Museumsneubaus hergerichteten gotischen und romanischen Räume in den Zustand zurückversetzt werden, der die Durchführung der Hoffmannschen Baupläne gewährleistet;

3. daß der noch fehlende Vorbau am künftigen Pergamon-Museum und die die vorderen Teile verbindende Halle baldmöglichst ausgeführt werden, und zwar in der bestimmten Erwartung, daß entsprechend dem Fortschreiten des Hallenbaus und im Rahmen des dafür vorgesehenen Bauplanes auch der von der Stadt Berlin seinerzeit übernommene Brückenbau über den Kupfergraben vollendet werde;

4. daß a) unter Berücksichtigung der dafür zur Verfügung stehenden Mittel ein befristeter Bauplan für die Weiterführung des Museumsneubaus aufgestellt werde, b) alle der Vollendung des Baus entgegenstehenden bauarchitektonischen Hemmnisse beseitigt werden.“

Es sei mir gestattet, die vier Punkte des Antrages kurz zu erläutern.

Gegen Punkt 1, die Ausbesserung des wasserdurchlässigen Glasdaches des Museumsneubaus betreffend, dürfte wohl kein vernünftiger Mensch etwas einzuwenden haben. Vielmehr ist es ein kulturgeschichtlicher Standart, daß es noch eines Landtagsbeschlusses bedarf, um die Jahre hindurch infolge von Resorptionsverlusten verschleppte Reparatur endlich zu erzwingen.

Was Punkt 2 des Antrages betrifft, so ist zu bedenken, daß die im Nordflügel des Museumsneubaus im Rohbau hergerichteten gotischen und romanischen Räume im Widerspruch mit dem ursprünglichen Bauplan fertiggestellt worden sind. Es entspricht also nur einem früheren Beschluß des Landtages, der die unveränderte Durchführung des ursprünglichen Bauplanes verlangte, wenn sie jetzt in den Zustand zurückversetzt werden, der die Verwirklichung dieses Landtagsbeschlusses gewährleistet. Mehrkosten werden dadurch nach zuverlässigen Berechnungen nicht entstehen. Im Gegenteil, es werden aller Wahrscheinlichkeit nach Ersparnisse gemacht

werden können. Auch wird einer würdigen Auffstellung der in Frage kommenden Kunstwerke dadurch in keiner Weise vorgegriffen.

Auch die Forderung, daß der noch fehlende Vorbau am künftigen Pergamon-Museum und die die vorderen Teile verbindende Halle unter den in dem Antrag genannten Voraussetzungen baldmöglichst ausgeführt werden, entspricht nur einem bereits früher gefaßten Landtagsbeschlusse. Wer etwa an dem Worte „baldmöglichst“ Anstoß nimmt, darf sich damit trösten, daß darüber voraussichtlich mehrere Jahre hingehen werden. Solange dürfte es nämlich dauern, bis die dazu erforderlichen Steine gebrannt und hergerichtet sind. Es bleibt also reichlich Zeit, um die übrigen Bauarbeiten mittlerweile zu fördern. Oder bildet man sich etwa ein, daß bis dahin gefeiert werden soll?

Wie fern es dem Unterausschuss des Hauptauschusses und diesem selbst gelegen hat, sich in die Einzelheiten der Aufstellung und Durchführung des Bauplanes einzumischen, beweist für jeden Vernünftigen der vierte Punkt des Antrages, der gerade fordert, daß „unter Berücksichtigung der dafür zur Verfügung stehenden Mittel ein befristeter Bauplan für die Weiterführung des Museumsneubaus aufgestellt werde“. Daß dieser Bauplan unter tätiger Mitwirkung des Bauherrn, d. h. des Kultusministeriums, und seiner sachverständigen Berater, der Museumsdirektoren, und nicht einseitig von der Bauleitung ausgearbeitet werden muß, ist selbstverständlich, und es spricht nicht gerade für die Sachlichkeit unserer Kritiker, wenn man uns Ausschussmitgliedern, ohne den Schatten eines Beweises dafür, unterstellt, daß wir im Sinne der „wilhelminischen Ära“ nach dem Motto „Außen hin und innen rein“ den Außenbau auf Kosten des Innenbaus und dementsprechend auf Kosten der in dem künftigen Museum aufzustellenden Kunstwerke hätten begünstigen wollen. Wir dürfen uns, glaube ich, ruhig damit trösten, daß eine spätere Zeit die Verdienste des Preussischen Landtages und seiner Ausschüsse um die Vollendung des Museumsbaus gerechter beurteilen wird.

Wir veröffentlichen diese Zuschrift des Gen. Baentig um so lieber, als sie uns zu der Hoffnung berechtigt, daß die von uns geäußerten Befürchtungen nicht in Erfüllung gehen werden. Daß diese Befürchtungen nicht ganz unbegründet waren, beweist der Umstand, daß die gesamte Berliner Presse, soweit sie sich dazu geäußert hat, den Ausschussantrag so aufgefaßt hat wie wir. Der Antrag bedurfte also wohl eines Kommentars, und wenn wir diesen von so autoritativer Seite erhalten, so darf die Öffentlichkeit beruhigt sein, und sich der sicheren Erwartung hingeben, daß nun wirklich mit dem Innenausbau der Museumsräume energisch vorgegangen wird, und demgegenüber alle anderen relativ unwichtigen Arbeiten zurückgestellt werden. Wir wünschen und hoffen, daß der Landtag seinen Einfluß auf das Kultusministerium geltend macht und sein Bedenken trägt, sich in diesem Sinne in die Durchführung des Bauplanes einzumischen.

Französische Dauerkrise.

Unsicherheit überall.

Paris, 4. November. (Eigener Drahtbericht.) In den Kreisen der sozialistischen Fraktion ist man sich darüber einig, daß vom Gesichtspunkt der politischen Opportunität aus gesehen sich der Beschluß des Nationalrats mehr und mehr als ein faktischer Fehler schwerer Art darstellt. Er befaßt nicht nur die Sozialistische Partei mit der Verantwortung für den heute als definitiv zu betrachtenden Bruch des Kartells, dessen Fortsetzung zweifellos dem politischen Willen der breitesten Massen des französischen Volkes entsprechen würde, sondern er hat dem Ministerium Painlevé, das die politische Kommission der Sozialistischen Partei in ihren Besprechungen auf eine den sozialistischen Wünschen und Forderungen sehr weit entgegenkommende Politik festgelegt hatte, die volle Handlungsfreiheit wiedergegeben.

Auf der anderen Seite aber hat Herr Painlevé selbst am Dienstag den Beweis erbracht, wie berechtigt das Mißtrauen ist, das er trotz der formellen Abkehr von der Politik des 12. Juli und trotz seiner Rückkehr zu den Grundätzen des Kartells einem Teil der Sozialistischen Partei einflößt. Painlevé, der am Montagabend in der Unterredung mit den sozialistischen Führern die formelle Erklärung abgegeben hatte, daß er nur mit einer ausgesprochenen Linksmehrheit regieren werde und gegebenenfalls nicht zögern werde, seine Demission zu geben, die er schon das zweite Mal krähte, noch nicht 24 Stunden nach dieser Erklärung sich selbst und sein eigenes Bekenntnis verraten. Er hat am Dienstag in Erwiderung auf die Angriffe der Rechten an

die Gefolgschaft aller dazwischen appelliert, die guten Willens

seien und das von ihm angekündigte Programm als der augenblicklichen Lage angepaßt halten. Das ist fast genau die gleiche Formel, mit der er im Juli angesichts der Opposition, auf die seine und seines Finanzministers Gesetzentwürfe bei einem großen Teil der Linken gestoßen waren, die Unterstützung der Rechten forderte und die dann zum endgültigen Bruch zwischen ihm und den wirklich demokratischen Elementen des Kartells geführt hatte.

Tatsächlich war es auch am Dienstag wieder die teils offene, teils verdeckte Unterstützung der Parteien der gemäßigten Reaktion, welche die Existenz des neuen Ministeriums Painlevé gerettet hat. Von der Mehrheit von 32 Stimmen, die Painlevé erhalten hat, entfallen 15 Stimmen auf Mitglieder von Parteien, die nicht zum Kartell gehören. Etwa 50 Abgeordnete der Reaktion haben sich der Stimme enthalten. Wäre das nicht der Fall gewesen, so wäre das Kabinett schon am Dienstag gestürzt.

An dieser brutalen Tatsache vermögen auch die Sophistereien der bürgerlichen Linken, wie des „Quotidien“, des „Devoir“ und der „Ere Nouvelle“ nichts zu ändern, die vergeblich die gemäßigten Rechten zu spielen lassen, um Painlevé zu unterstützen, daß seine Politik nach wie vor die des Kartells sei. Schon der Wortlaut des am Dienstag angenommenen Vertrauensvotums ist charakteristisch für die Situation. Es ist darin nicht mehr von einer Mehrheit der Linken die Rede, wie das bei den Tagesordnungen des Ministeriums Herriot stets der Fall gewesen ist, sondern

nur von einer Mehrheit der Republikaner.

Als solche bezeichnen sich bekanntlich auch die Parteien der Nationalen Block. Man wird sich danach kaum wundern dürfen, wenn am Mittwoch ein Teil der reaktionären Presse bereits der Hoffnung Ausdruck gibt, daß das neue Ministerium, der gegenüber den Sozialisten eingegangenen Bindungen nunmehr ledig, in seinen Finanzprojekten den Wünschen der Opposition, deren Unterstützung er nicht erlangen könnte, Rechnung tragen werde. Welchen Weg Painlevé gehen wird, ist vorläufig noch unbestimmt.

Die Sozialistische Fraktion hat ihm am Dienstag durch die Erklärung eine goldene Brücke gebaut, daß die Ablehnung des Vertrauensvotums keineswegs die Möglichkeit ausschließt, von Fall zu Fall eine wirklich den Interessen der breiten Massen dienende Politik zu unterliegen. Painlevé brauchte diesen Weg nur zu beschreiten, um auch ohne offizielle Bindungen eine wirklich stabile Mehrheit der Linken hinter sich zu bringen. Die große Frage ist nur, ob er dazu heute noch den Mut haben wird. Der weitaus größte Teil der Presse, von den Organen der bürgerlichen Linken abgesehen, spricht von der Fortdauer der Krise und bezeichnet das Kabinett Painlevé als nicht mehr lebensfähig. Auch in den parlamentarischen Kreisen herrscht die Auffassung vor, daß die Existenz des Kabinetts nur noch nach Tagen zählen werde.

Als vorläufiger Nachfolger wird allgemein Briand genannt, der, wie die ihm am Dienstag gelegentlich der Erwähnung seiner Verdienste um das Werk von Locarno von der Kammer mit seltener Einmütigkeit von der Linken bis zur äußersten Rechten dargebrachten Ovation gezeigt hat, tatsächlich auf eine stabile Mehrheit würde rechnen können und der nach den Wünschen der Opposition die „Konzentration nach der Mitte“, d. h. die Einigung der bürgerlichen Links- und Mittelparteien gegen den Sozialismus vollziehen soll. Die große Frage ist nur, ob sich die Radikalsocialen, deren übergroße Mehrheit sich unter Führung Herriots auf dem Kongreß von Nizza zu einer ausgesprochenen Politik der Demokratie und des sozialen Fortschritts bekannte, zu Kombinationen dieser Art hergeben werden.

Endergebnis der Londoner Gemeindevahlen

Über ein Drittel der Sitze von Labour besetzt.

London, 4. November. (All.) Nach den nunmehr endgültigen Ergebnissen der Londoner Stadtwahlen hat die Arbeiterpartei 364 Sitze erhalten. Die übrigen Parteien werden durch 1002 Abgeordnete vertreten. Die Arbeiterpartei errang 87 Sitze. Sie hat die Mehrheit in acht Stadtbezirken, während sie bei den letzten Wahlen 1922 nur in sechs Bezirken die Mehrheit davongetragen hatte. In einem weiteren Stadtbezirk sind die Sitze zu gleichen Teilen auf die Arbeiterpartei und ihre Gegner verteilt, während in den übrigen 19 Bezirken die Arbeiterpartei zwar eine wesentliche Stärkung erfahren hat, aber dennoch in der Minorität geblieben ist.

Polen hat Sparmaßnahme nicht nötig. Der vom Kriegsminister einberufene Landesverteidigungsrat Rada Obrony Państwa, dem Vertreter der Regierung und der Generalität angehören, hat sich gegen die vom Finanzminister geforderten Einschränkungen im Staatsbudget ausgesprochen.

Ein polnisch-schwedisches Schiedsgerichtsabkommen wurde gestern durch den schwedischen Außenminister Lindbom und den polnischen Gesandten in Stockholm unterzeichnet.

Völkerbundsendung an die Regierungen. Der Generalsekretär des Völkerbundes sandte an alle Regierungen, die an der Opiumkonferenz im Jahre 1924 teilgenommen haben, Rundbriefe, in denen er die Aufmerksamkeit der Regierung auf die Entschuldigungen der Opiumkonferenz lenkt, die vom Völkerbundsrat genehmigt wurden.

Kulturdebatte im Landtag.

Die Deutschnationalen predigen Moral und erleiden eine Schlappe.

Der Landtag setzte gestern die Kulturdebatte fort. Abg. Breda (Wirtsch. Bg.) bezieht gegen das Reichshammer. Abg. Baczewski (Polen) erneuert seine Klagen und Beschwerden über die Vergewaltigung der polnischen Minderheit durch die Schulverwaltung in Ostpreußen. Kultusminister Becker erklärt dazu, daß der Vorsitzende der Kommission für Oberschlesien, Präsident Casander, sich über die Regelung des Schulwesens durchaus befriedigend ausgesprochen habe. (Hört, hört!) Im übrigen ständen den vereinzelt beschwerden Tausende gegenüber, die mir gegen Polen zu erheben haben. (Sehr richtig!)

Abg. Leinert (Soz.)

beschäftigt sich mit dem „Fall Vessing“. Es gäbe überhaupt keinen Fall Vessing, sondern einen Fall jantischer Hege von Professoren und Studenten gegen Vessing. Was Vessing über Hindenburg gesagt habe, hätte auch andere gesagt und geschrieben. Was Vessing geschrieben habe, decke sich mit Ansichten, die auch Oberst Bauer und General Hoffmann über Hindenburg geäußert hätten. Der Artikel, über den man sich so aufrege, enthalte nicht ein Tausendstel von dem, was man gegen den Kandidaten des Volksbundes Marx an Beleidigungen ausgesprochen habe. Es sei erfreulich, daß der Minister den Wünschen von rechts nicht stattgegeben habe. Die Studenten werden immer als kommende Führer des Volkes hingestellt. Sind das kommende Führer, die das Autoritätsgefühl so verlieren? Es ist eine völkische, antisemitische Hege, die sich gegen Vessing ausstößt. Dagegen wenden wir uns! Wir wollen, daß die Lehrtätigkeit und die Freiheit der persönlichen Meinungsäußerung geschützt wird. Wir wünschen, daß der Minister diesem Treiben mit aller Entschiedenheit entgegen tritt. (Beifall links.)

Abg. Koch-Degenhausen (Dnat.) spielt den Entrüsteten über die Angaben des Kultusministers, betr. die Parteizugehörigkeit der Beamten, obwohl die Feststellungen auf Veranlassung der Deutschnationalen erfolgten, und predigt im übrigen dem Kultusminister und dem Zentrum Mahhalten und Duldsamkeit in konfessionellen Fragen!!

Abg. Schuster (D. Bp.) gibt für seine Partei eine Erklärung ab: Die Volkspartei fühlt sich durch die Umkehrung des Kultusministers gekränkt, ein Minister sei nie so unabhängig und selbständiger, je weiter nach links er steht und wird abhängiger, je weiter rechts er gerichtet ist. Darin sieht die Volkspartei eine Bekräftigung der Parteibefangenheit ihrer Minister und protestiert dagegen in scharfer Form. Abg. Koch ist weiter böse darüber, daß Minister Becker sich gegen den Rechtsradikalismus der Jugend gewandt hat, und richtet sich dann gegen Professor Vessing.

Abg. Dietrich (Z.) weist darauf hin, daß die Zahl der Lehrstellen seit 1922 um rund 7000 gefallen, die Zahl der Bewerber dagegen von 29 000 auf 37 000 gestiegen sei.

Es ergebe sich ein Mißverhältnis zwischen evangelischen und katholischen stellenlosen Bewerbern. Der katholische Volksteil hat hier die größere Last des Krieges zu tragen. Es muß Sorge getragen werden, daß die Junglehrer recht bald in Verbindung mit der Schule kommen. Wir erwarten, daß die preussischen und Reichshilfsmassnahmen den Zustand mildern. Wir haben dann in Preußen immer noch 12 455 Schulklassen mit mehr als 60 Kindern.

Abg. Kissan (Komm.) beschäftigt sich mit dem Schiefeschen Entwurf und dem Junglehrerproblem.

Abg. Wied (Dem.) tritt für die Simultanschule als die gegebene Form der Volksschule ein. Für die pädagogische Akademie müßte die simultane Form die Generalforderung sein. In Kassa hat selbst der katholische Alexius die simultane Schulpflichtung nicht als die beste anerkannt. Die pädagogischen Akademien sollten auch in organischer Verbindung mit den Universitäten gebracht werden, was durchaus tunlich wäre. Von den im Reich für die Junglehrer als Hilfsfonds zur Verfügung gestellten 6 Millionen sollte der weitaus größte Teil an Preußen gegeben werden.

Minister Becker weist die Unterstellungen der Erklärung der Volkspartei als unbegründet zurück und wendet sich gegen die deutschnationalen Ausführungen in Sachen Parteizugehörigkeit der Beamten: Ich stelle mich nicht hinter, sondern vor meine Mitarbeiter, und ich freue mich, daß in meinem Ministerium ein Vertrauensverhältnis herrscht, ohne jede Rücksicht auf rechts oder links, und daß ich ein Ministerium zusammengestellt habe, das wirklich lebt und arbeitet.

Rußland und Locarno.

Katowitschs ruhige Auffassung.

London, 4. November. (All.) Der Pariser Botschafter der Sowjet-Union, Katowitsch, erklärte in einer Unterredung mit einem Sonderberichterstatter des „Manchester Guardian“, es beständen keine formalen Widersprüche zwischen den Abkommen von Locarno und denen von Rapallo. Es dürfe jedoch nicht vergessen werden, daß die Beziehungen zwischen Staaten nicht nur durch Vertragsformeln bedingt werden, sondern durch die tatsächlichen Interessen, die sie verbinden, und es sei augenblicklich unmöglich, zu sagen, welche Gestalt die Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland in diesem Sinne annehmen werden. Katowitsch wies auf die wiederholten Erklärungen Luthers und Stresemanns hin, daß Locarno die deutsch-russische Freundschaft nicht beeinträchtigt, sowie auf die Tatsache, daß am Vorabend des Abschlusses des Locarno-Abkommens ein deutsch-russisches Handelsabkommen zum Abschluß gelangt sei und daß die deutschen Banken den russischen Staatsbanken einen Kredit von 100 Millionen Goldmark für den Einkauf von Waren bei der deutschen Industrie eröffneten.

Er sagte, wenn die Anwesenheit des Locarno-Abkommens in Zukunft ausschließlich von Deutschland abhängen, so könne wohl angenommen werden, daß es in keiner Weise die gegenseitigen Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland beeinflussen werde, aber tatsächlich werde die „Politik“, die Deutschland gezwungen sein wird, uns gegenüber zu verfolgen, nicht nur vom eigenen guten Willen Deutschlands abhängen. Katowitsch sagte jedoch sein Urteil in die Bemerkung zusammen, daß er persönlich nicht der Ansicht sei, daß das Locarno-Abkommen auf jeden Fall in einer sehr nahen Zukunft die Einleitung einer aktiven gegen die Sowjetregierung gerichteten Politik sein müsse.

Katowitsch erklärte außerdem, die Sowjetregierung sehe keineswegs die asiatische Frage als ein unüberwindliches Hindernis an für die Schaffung vollkommen normaler Beziehungen mit Großbritannien. Natürlich könne die Lösung einer solch wichtigen Frage wie der asiatischen nur der Zusammenstoßpunkt der Lösung der übrigen leichter zu lösenden Schwierigkeiten zwischen beiden Ländern sein.

Das Kriegsgeld ist vergeben. Die vom Völkerbundsrat an die griechisch-bulgarische Grenze entsandten englischen, französischen und italienischen Militärattachés haben jetzt dem Rat berichtet, daß die endgültige Räumung der Grenzgebiete ohne Zwischenfall vollzogen sei. An der Grenze herrschen wieder normale Zustände.

Abg. Doht (Soz.)

spricht sich entschieden gegen den neuen Entwurf des Reichsgesetzes aus. Er widerspricht der Verlesung und den Besprechungen, die seinerzeit in der Nationalversammlung gegeben worden seien. Die Simultanschule, nicht die Bekenntnisschule, sei als Regel aufgestellt worden. Wir fordern freie Entwicklungsmöglichkeiten. Herr Doht scheint vergessen zu haben, daß bereits im Jahre 1888 Baden seine Simultanschule erhalten hat, und zwar durch die Nationalliberale Partei! Das Ziel der Lehrerbildung muß sein, einen Volkserzieher heranzuziehen. Dazu ist die Hochschulbildung nötig. Wir lehnen es ab, daß nur für 10 Proz. der Grundjahre der Bildungseinheit durchgeführt wird. Akademien, wie sie die Deutsche vorzieht, können unsere Unterweisung nicht finden; sie müssen so eingerichtet werden, daß auf ihnen jeder, der die Universitätsreife erlangt hat, unabhängig von seiner Religion oder seiner Weltanschauung seine Ausbildung erhalten kann.

Abg. Rüdiger (Dnat.) fordert Förderung der Landschule. Die Personalpolitik des Ministers müßte wir ablehnen. Noch immer werden Dissidenten zu Kreisrätoren in evangelischen Schulen ernannt. Bei Besetzung der Schulrätsstellen wird das Wort „Demokrat“ groß geschrieben. So haben in Pommern die Demokraten von den Wählern 4 Proz., von den Kreisrätoren aber 40 Proz. (Hört, hört!)

Abg. Frau Stoffels (Zentr.) fordert die konfessionelle Lehrerbildung und Trennung der Vorbildung für Lehrer und Lehrerinnen. Die Landschule bedürfe besonderer Förderung, es dürften ihr gute Kräfte nicht entzogen werden.

Abg. Frau v. Kufesza (D. Bp.): Leider hat die Reichsregierung bei den Aufgaben, die ihr von den Ländern überwiesen sind, zu starke Zurückhaltung gezeigt. Besonders die Grundschule ist reichsrechtlich geregelt, und auch da sind schon Abänderungen nötig geworden. Rednerin fordert, daß in den Versuch mit den Akademien eine simultane Akademie hineingenommen wird. Sie fordert schließlich mehr Beachtung für die hygienischen Belange und endliche Lösung der Frage des Lehrbuchs, das ein Familienbuch sein muß.

Abg. Hoff (Dem.) tritt den Ausführungen des Abg. Rüdiger entgegen. Die heutigen unter den schwierigsten Verhältnissen gemachten Fortschritte seien nur gegen den äußersten Widerstand der ostpreussischen Reaktion ermöglicht worden.

Abg. Frau Oentrop (Soz.) tritt

für die weltlichen Schulen

ein, deren Lebensfähigkeit die Erfahrung erwiesen habe. Der Minister solle der weltlichen Schule die Entwicklungsmöglichkeit geben. Die konfessionelle Schule bedeute den unvertretlichen Gemütszwang.

Abg. Lukassowich (Dnat.) wendet sich unter der Urrede des Hauses scharf gegen das Zentrum.

Abg. Benemann (D. Bp.) betont, daß das Volksschulwesen besonders in Schlesien schwere Not leide.

Es folgen persönliche Bemerkungen, die zu teilweise sehr erregten Auseinandersetzungen führen.

Unter anderem wirft Abg. König (Soz.) dem deutschnationalen Abg. Lukassowich vor, er, der das Zentrum jetzt so angreife, habe früher selbst dem Zentrum angehört; außerdem habe er sich bei Minister Haenisch seinerzeit um eine Stelle beworben.

Abg. Lukassowich (Dnat.) erwidert, er habe nie dem Zentrum angehört. (Behaltete Proteste bei den Soz. und beim Zentrum.) Die Anwesenheit bei der Bewerbung beim Minister Haenisch habe sich ganz anders abgespielt; er habe sich allerdings beworben (Behaltete Hal. Aufst. bei den Soz.); das sei aber erst geschehen, nachdem ihm ein Angebot gemacht worden sei.

Abg. König (Soz.) hält seine Darstellung vollständig aufrecht und erklärt, zeuere dafür nennen zu können. Herr Lukassowich habe auch den Vorwurf des Abg. Müller (Soz.) bewahrt (Verleumdung auf sich sitzen lassen).

Abg. Müller (Soz.) bestätigt, er habe Lukassowich einen Verleumder und Ehrabschneider genannt und habe daran auch heute noch fest.

Abg. Lukassowich (Dnat.) lehnt es ab, Herrn Müller auf Grund der Einschätzung seiner Persönlichkeit noch zu antworten. (Große Unruhe im ganzen Hause.)

Donnerstag 11 Uhr: Weiterberatung. Einträge und Anfragen. In der Donnerstag-Abendigung soll der Finanzausgleich beraten werden.

Schluß gegen 6 Uhr.

Der Verwalter des Memellandes.

Vor einem scharf litauischen Kurs?

Memel, 4. November. (Eigener Drahtbericht.) Der Gouverneur des Memelgebietes Jonas Budrys hat seinen Rücktritt erklärt, nachdem er bereits vor einem halben Jahre der litauischen Regierung sein Rücktrittsgesuch eingereicht hatte. Der Rücktritt ist darauf zurückzuführen, daß Budrys es nicht mehr veranlassen konnte, die Wünsche der litauischen Regierung im Memelgebiet zur Durchführung zu bringen. Infolgedessen lebte von extrem litauischen Kreisen des Gebiets eine scharfe Hege gegen ihn bei der Zentralregierung in Kowno ein. Budrys hatte im Laufe der letzten zwei einhalb Jahre, während der er den Posten innehatte, sich völlig auf den memelländischen Standpunkt eingestellt, da er erkannte, daß man mit den Regierungsmethoden, wie sie in Großlitauen üblich sind, nicht das Memelgebiet ohne schwere Schädigung verwalten könne.

Als Nachfolger werden der frühere litauische Konsul Jims und der amerikanische Major Dr. Gabyrs genannt. Letzterer soll nach einer Mitteilung aus Kowno bereits ernannt worden sein. Sollte das zutreffen, so könne diese Tatsache nur als ein böses Vorzeichen für die Zukunft des Memelgebietes angesehen werden, da Gabyrs als jantischer Litauer bekannt ist.

China Herr über seine Zölle.

London, 4. November. (Eigener Drahtbericht.) Der amtliche britische Funkdienst meldet: Auf der am Dienstag stattgefundenen Sitzung der Zolltarifkommission in Peking ist die Zollautonomie Chinas von allen an der Konferenz teilnehmenden Delegierten angenommen worden.

Der Führer der britischen Delegation, Sir Ronald Macdonald, erklärte, daß England bereit sei, die Ratifikation der Maßnahmen zu gewähren, die innerhalb einer vernünftigen Periode dem chinesischen Reich die vollkommene Freiheit des Handels in bezug auf die Tarife sichert. Der Führer der chinesischen Delegation erklärte darauf, daß sich die chinesische Regierung verpflichtet, die Binnenzölle spätestens bis zum 1. Januar 1929 abzuschaffen. Die Maßnahmen, die in der Zwischenzeit ergriffen werden, sollen von einem anderen Konferenzkomitee, das im Laufe dieser Woche zusammentritt, beraten werden.

England anerkennt Persiens neuen Herrn. Die englische Regierung hat, nach einer Haas-Meldung aus Teheran, den neuen Herrscher von Persien, König Baháwí, anerkannt.

Gewerkschaftsbewegung

Vorverhandlungen in der chemischen Industrie. 35 000 Arbeiter ausgesperrt.

Auf Veranlassung des Reichsarbeitsministers soll heute zwischen den Vertretern der Unternehmer und der Arbeiter der chemischen Industrie eine Aussprache darüber erfolgen, auf welcher Seite der Lohnstreit beendet werden kann.

Die Unternehmer vertreten den profitlichen Standpunkt, vor dem 31. März 1926 dürfen die Arbeiter keine Lohnhöhung fordern. Zwangsläufig ist die Forderung der Chemiarbeiter, die Lohnzulage von 5 bis 7 Pfd., die in den übrigen Bezirken der chemischen Industrie bewilligt wurden, auch in dem Bezirk Frankfurt-Main, Darmstadt zu bewilligen. Da die Arbeiter für den bisherigen unzureichenden Lohn nicht mehr arbeiten wollen und ein Teil von ihnen in den Streik trat, diktiert das faktisierte Unternehmertum die Aussperzung, ohne Rücksicht auf das Wirtschaftsleben des Industriebezirks. Die Arbeiter wissen, daß der Kampf schwer ist. Sie werden ihn ohne Zugeständnisse nicht freiwillig aufgeben.

Schiedsgericht für die Gasbetriebsgesellschaft.

Unter Vorsitz des Schlichters Wiffell tagte gestern Mittwoch in der Lohnstreitfrage der Arbeiter der Gasbetriebsgesellschaft, vertreten durch den Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, ein Schiedsgericht, das nachstehenden Schiedspruch fällte:

Die Löhne der Lohnklasse 1 bis 4 männliche Arbeiter, werden um 3 Pfd., die der weiblichen Arbeiter um 2 Pfd. pro Stunde erhöht. Bezüglich der übrigen Bestimmungen verbleibt es bei der bisherigen Regelung. Das Lohnabkommen läuft vom 8. Oktober 1925 bis zum 31. März 1926.

Sollten sich innerhalb der Geltungsdauer des Lohnabkommens eine Veränderung der Verhältnisse ergeben sollte, die geeignet sind, die Lebenshaltung der Arbeiter wesentlich zu erschweren, können die Parteien in neue Lohnverhandlungen eintreten.

Im Falle der Nichterreichung darüber, ob diese Veränderung eintreten ist, entscheidet ein Schiedsgericht, bestehend aus je einem Vertreter der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite und einem unparteiischen Vorsitzenden, den, falls sich die Parteien über eine Person nicht einigen, der Schlichter im Bezirk Groß-Berlin benannt. Erklärungsfrist bis 7. November 1925.

Der Schiedspruch entspricht ganz dem für die Städtischen Gas- und Wasserwerke erfolgten Schiedspruch. Die Gasbetriebsgesellschaft hatte in der vorigen Woche einen Einigungsversuch abgelehnt, der nach der gleichen Richtung hinging, abgelehnt.

Trohender Streik im Fuhrergewerbe.

Die im Schwer- und Leichtfuhrergewerbe Beschäftigten hatten den Deutschen Verkehrsverband beauftragt, das am 31. Oktober ablaufende Lohnabkommen zu kündigen und eine Erhöhung der Löhne um 10 Proz. zu fordern. Da von den Unternehmern jede Verhandlung darüber abgelehnt wurde, war der Schlichtungsausschuss ungerufen worden. Dieser sollte am 2. November einen Schiedspruch, wonach das bisherige Lohnabkommen bis zum 1. Januar mit der Maßgabe verlängert wird, daß für die Räder die Pferdepflege anstatt wie bisher mit 4 Mark auf 31. Oktober mit 5 Mark pro Woche bezahlt werden soll. Der Schlichtungsausschuss begründete den Schiedspruch damit, daß eine Erhöhung der Löhne in Anbetracht der allgemeinen schlechten wirtschaftlichen Lage nicht gerechtfertigt sei. Die Lohnkommission hat diesen Schiedspruch als völlig ungenügend abgelehnt. Sie hat den Verkehrsverband beauftragt, die Forderung auf insgesamt 2 Mark zu erhöhen und den Unternehmern als letzte Angebots zu unterbreiten. Die Unternehmer haben auch diese ernüchterte Forderung abgelehnt. Eine Vollversammlung wird am Sonntag zu der Situation Stellung nehmen und über Streik und Annahme des Schiedspruches beschließen. Nach der Stimmung der Arbeiter ist mit einem Streik zu rechnen, falls die Unternehmer nicht nach in letzter Stunde die an sich geringe und berechnete Forderung bewilligen.

Freigewerkschaftliche Angestellte Berlin!

In einigen Betrieben wird durch Handzettel Propaganda gemacht für eine Versammlung, die heute Donnerstag in den Sophien-Sälen stattfinden soll. In dieser Versammlung soll ein "Vorläufiger irgendeines A.N.-Ortskartells" namens Marre, Mitglied der sogenannten Rußland-Delegation, über seine "Reiseindrücke" sprechen. Marre ist nicht Vorläufiger irgendeines A.N.-Ortskartells. Andere Einberufer beziehen sich auf ihre Mitgliedschaft im JdA, die nicht mehr besteht. Da angenommen werden kann, daß der Bericht in der Versammlung vielleicht ebenso wahr und objektiv sein wird wie die Funktionsbezeichnungen der Einberufer, warnen wir die organisierte Kollegenschaft vor dem Besuch dieser Versammlung.

Allgemeiner freier Angestelltenbund, Ortskartell Berlin.

Angestellte der Groß-Berliner Metallindustrie.

Wie wir erfahren, hat die Vertrauenskommission des VBA. beschlossen, den für verbindlich erklärten Schiedspruch vom 29. September 1925 durchzuführen.

Die Rückzahlung der Differenzbeträge soll laut Beschluß des Arbeitgeberverbandes in der Form erfolgen, daß am ultimo November das neue Gehalt gezahlt wird und die Differenz für September und Oktober zu je einem Drittel am ultimo November, Dezember 1925 und Januar 1926.

Auf Antrag der Angestelltenverbände wird über diese Angelegenheit Anfang nächster Woche eine Verhandlung mit dem VBA. stattfinden, in welcher die Zahlungstermine endgültig im beiderseitigen Einverständnis festgelegt werden sollen.

Zentralverband der Angestellten, Ortsgruppe Groß-Berlin, Götterstraße 10, Bänge.

Deutscher Beckmeisterverband, Bezirk X, Rothe.

Schamlose Hezke gegen die Sozialversicherung.

Am Montag, den 2. November brachte die durch ihre Beziehungen zu Herrn Tannenlopf besonders bekannte "Berliner Börsen-Zeitung" auf ihrer ersten Seite die Meldung über die Schlagweiterekatastrophe auf Zeche "Holland", bei der bekanntlich 18 Bergleute getötet wurden. Auf seiner zweiten Seite über suchte das Blatt den Beweis dafür zu liefern, daß einer Bergarbeiterfamilie aus dem Todesunglück ihres Ernährers das größte Glück erbüßte. Und zwar so:

„Vernunft wird Unfinn.“

Für die übersteigerte Sozialpolitik wird uns aus dem Beferkreise folgender interessanter Beweis gegeben.

Anfang September verunglückte der Bergmann G. tödlich. Er hinterläßt Frau und sechs Kinder. Diese erhalten an Rente monatlich: 1. Unfallrente 173,28 M. 2. Reichswohlfahrten 84,72 M. 3. Knappschloßpension 87 M. Zusammen 345 M. — G. hat im Monat August 25 Schichten verfahren und in diesen Schichten verdient: 223,20 M., von diesem Betrag gehen ab: Kostenbeiträge 16,29 M., Kirchensteuer 1,30 M., zusammen 17,59 M., jedoch an reinem Einkommen verbleibt: 205,71 M. Die Frau erhält also 139,29 M. mehr, als ihr Mann verdient.“

„Aus dem Beferkreise“ schrieb das Blatt und wozu so einen verdeckten Schleier um seine Quelle, die sogenannte „Sozialpolitische Abteilung“ des Bochumer Vereins für Bergbau und Gussstahlfabrikation. Bereits unterm 31. Oktober hat dieser Verein jene Notiz, in der der Unfinn der kapitalistischen Wirtschaftsweise als Vernunft ausgegeben werden sollte, an die Unternehmerpresse zum Abdruck verschickt, mit folgender „wichtigen“ Anmerkung:

„Man versteht hiernach das folgende Gespräch zwischen zwei Frauen, deren Männer gemeinsam mit dem Fällen eines Baumes beschäftigt waren, der dann im Stürzen den einen erschlug. Erste Frau: Ist dein Abfindungsverfahren erledigt? Zweite Frau: Ja. Erste Frau: Was hast denn bekommen? Zweite Frau: 4000 M. Erste Frau: Was, 4000 M.! Und meiner springt davon!“

Diesen Teil der Notiz aus dem Bureau des Bochumer Vereins, seiner „Sozialpolitischen“ Abteilung, hat das Berliner Blatt gestrichen. Sei es, daß ihm der Raum in der Zeche fehlte, oder ihm die „Pointe“ zu ordinär erschien, jedenfalls nicht mit Rücksicht auf die Katastrophe auf der Zeche Holland, da es sonst die Notiz überhaupt fortlassen mußte.

Wir wollen hier nicht nachprüfen, ob die Aufzählung der Unterstützung für die Witwe des verunglückten Bergmanns mit ihren sechs Kindern richtig ist. Es handelt sich vielmehr darum, die Methoden dieser Scharfmacherbureaus zu brandmarken.

Kein Beamtenstreik in Wien.

Wien, 4. November. (Eigener Drahtbericht.) Der Streik der Bundesbeamten, der am Donnerstag (schon) begonnen sollte, ist vermieden worden, weil die Regierung dem Beschlusse der Beamten in der Nacht vom Dienstag auf Mittwoch nachgehende Zugeständnisse gemacht hat. Am Mittwoch erklärte sich die Regierung bereit, jedem Beamten als einmalige Zulage bereits jetzt 28 Prozent eines Monatsgehalts zu geben und weitere 22 Prozent im nächsten Jahr. Die 28 Prozent sind spätestens am 2. Januar auszuführen. Die Regierung wird jedoch schon in der nächsten Zeit auf diese Notstandsbeihilfe Vorstöße geben.

Der Wiener Bäckergehilfenstreik geht weiter.

Wien, 4. November. (Eigener Drahtbericht.) Der Streik der Bäckergehilfen dauert an. Stellenweise versuchen die Bäckereien, durch die Kette der Streikposten aus der Umgehung Brot nach Wien zu schmuggeln. Es kam infolgedessen wiederholt zu Zusammenstößen, in deren Verlauf teilweise die Polizei eingriff.

Die Abstimmung des Personals der Werkschiffahrt über Streik oder Schiedsgerichtsprüfung hat nicht die erforderliche Dreiviertelmehrheit ergeben, so daß keine Arbeitseinstellungen erfolgen und der Schiedspruch vom 30. Oktober zur Annahme gelangt.

Zimmerer!

Frankfurt-Beferkreis am Freitag, den 4. November, abends 7 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Saal 2.

Beiratsversammlungen:

Am Freitag, den 4. November, abends 7 Uhr, im Saal 1. Am Samstag, den 5. November, abends 7 Uhr, im Saal 1. Am Sonntag, den 6. November, abends 7 Uhr, im Saal 1. Am Montag, den 7. November, abends 7 Uhr, im Saal 1. Am Dienstag, den 8. November, abends 7 Uhr, im Saal 1. Am Mittwoch, den 9. November, abends 7 Uhr, im Saal 1. Am Donnerstag, den 10. November, abends 7 Uhr, im Saal 1. Am Freitag, den 11. November, abends 7 Uhr, im Saal 1. Am Samstag, den 12. November, abends 7 Uhr, im Saal 1. Am Sonntag, den 13. November, abends 7 Uhr, im Saal 1. Am Montag, den 14. November, abends 7 Uhr, im Saal 1. Am Dienstag, den 15. November, abends 7 Uhr, im Saal 1. Am Mittwoch, den 16. November, abends 7 Uhr, im Saal 1. Am Donnerstag, den 17. November, abends 7 Uhr, im Saal 1. Am Freitag, den 18. November, abends 7 Uhr, im Saal 1. Am Samstag, den 19. November, abends 7 Uhr, im Saal 1. Am Sonntag, den 20. November, abends 7 Uhr, im Saal 1. Am Montag, den 21. November, abends 7 Uhr, im Saal 1. Am Dienstag, den 22. November, abends 7 Uhr, im Saal 1. Am Mittwoch, den 23. November, abends 7 Uhr, im Saal 1. Am Donnerstag, den 24. November, abends 7 Uhr, im Saal 1. Am Freitag, den 25. November, abends 7 Uhr, im Saal 1. Am Samstag, den 26. November, abends 7 Uhr, im Saal 1. Am Sonntag, den 27. November, abends 7 Uhr, im Saal 1. Am Montag, den 28. November, abends 7 Uhr, im Saal 1. Am Dienstag, den 29. November, abends 7 Uhr, im Saal 1. Am Mittwoch, den 30. November, abends 7 Uhr, im Saal 1. Am Donnerstag, den 1. Dezember, abends 7 Uhr, im Saal 1. Am Freitag, den 2. Dezember, abends 7 Uhr, im Saal 1. Am Samstag, den 3. Dezember, abends 7 Uhr, im Saal 1. Am Sonntag, den 4. Dezember, abends 7 Uhr, im Saal 1. Am Montag, den 5. Dezember, abends 7 Uhr, im Saal 1. Am Dienstag, den 6. Dezember, abends 7 Uhr, im Saal 1. Am Mittwoch, den 7. Dezember, abends 7 Uhr, im Saal 1. Am Donnerstag, den 8. Dezember, abends 7 Uhr, im Saal 1. Am Freitag, den 9. Dezember, abends 7 Uhr, im Saal 1. Am Samstag, den 10. Dezember, abends 7 Uhr, im Saal 1. Am Sonntag, den 11. Dezember, abends 7 Uhr, im Saal 1. Am Montag, den 12. Dezember, abends 7 Uhr, im Saal 1. Am Dienstag, den 13. Dezember, abends 7 Uhr, im Saal 1. Am Mittwoch, den 14. Dezember, abends 7 Uhr, im Saal 1. Am Donnerstag, den 15. Dezember, abends 7 Uhr, im Saal 1. Am Freitag, den 16. Dezember, abends 7 Uhr, im Saal 1. Am Samstag, den 17. Dezember, abends 7 Uhr, im Saal 1. Am Sonntag, den 18. Dezember, abends 7 Uhr, im Saal 1. Am Montag, den 19. Dezember, abends 7 Uhr, im Saal 1. Am Dienstag, den 20. Dezember, abends 7 Uhr, im Saal 1. Am Mittwoch, den 21. Dezember, abends 7 Uhr, im Saal 1. Am Donnerstag, den 22. Dezember, abends 7 Uhr, im Saal 1. Am Freitag, den 23. Dezember, abends 7 Uhr, im Saal 1. Am Samstag, den 24. Dezember, abends 7 Uhr, im Saal 1. Am Sonntag, den 25. Dezember, abends 7 Uhr, im Saal 1. Am Montag, den 26. Dezember, abends 7 Uhr, im Saal 1. Am Dienstag, den 27. Dezember, abends 7 Uhr, im Saal 1. Am Mittwoch, den 28. Dezember, abends 7 Uhr, im Saal 1. Am Donnerstag, den 29. Dezember, abends 7 Uhr, im Saal 1. Am Freitag, den 30. Dezember, abends 7 Uhr, im Saal 1. Am Samstag, den 31. Dezember, abends 7 Uhr, im Saal 1.

Wichtige Tagesordnung: 1. Bericht über die Tätigkeit des Beirats. 2. Bericht über die Tätigkeit der Kommissionen. 3. Bericht über die Tätigkeit der Ausschüsse. 4. Bericht über die Tätigkeit der Arbeitsgruppen. 5. Bericht über die Tätigkeit der Jugendkommission. 6. Bericht über die Tätigkeit der Frauenkommission. 7. Bericht über die Tätigkeit der Fremdenkommission. 8. Bericht über die Tätigkeit der Ehrenkommission. 9. Bericht über die Tätigkeit der Propagandakommission. 10. Bericht über die Tätigkeit der Kulturkommission. 11. Bericht über die Tätigkeit der Sportkommission. 12. Bericht über die Tätigkeit der Gesundheitskommission. 13. Bericht über die Tätigkeit der Rechtskommission. 14. Bericht über die Tätigkeit der Wirtschaftskommission. 15. Bericht über die Tätigkeit der Sozialpolitikkommission. 16. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterbildungskommission. 17. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterkulturkommission. 18. Bericht über die Tätigkeit der Arbeitermusikkommission. 19. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterliteraturkommission. 20. Bericht über die Tätigkeit der Arbeitertheaterkommission. 21. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterkino- und Filmkommission. 22. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterbibliothekskommission. 23. Bericht über die Tätigkeit der Arbeitermuseumskommission. 24. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterdenkmal- und Gedenkstättenkommission. 25. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedhofskommission. 26. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 27. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 28. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 29. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 30. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 31. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 32. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 33. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 34. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 35. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 36. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 37. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 38. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 39. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 40. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 41. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 42. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 43. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 44. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 45. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 46. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 47. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 48. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 49. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 50. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 51. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 52. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 53. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 54. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 55. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 56. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 57. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 58. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 59. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 60. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 61. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 62. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 63. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 64. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 65. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 66. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 67. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 68. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 69. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 70. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 71. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 72. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 73. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 74. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 75. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 76. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 77. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 78. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 79. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 80. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 81. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 82. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 83. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 84. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 85. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 86. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 87. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 88. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 89. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 90. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 91. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 92. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 93. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 94. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 95. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 96. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 97. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 98. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 99. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 100. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 101. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 102. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 103. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 104. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 105. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 106. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 107. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 108. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 109. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 110. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 111. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 112. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 113. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 114. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 115. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 116. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 117. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 118. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 119. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 120. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 121. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 122. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 123. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 124. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 125. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 126. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 127. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 128. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 129. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 130. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 131. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 132. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 133. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 134. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 135. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 136. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 137. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 138. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 139. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 140. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 141. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 142. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 143. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 144. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 145. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 146. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 147. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 148. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 149. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 150. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 151. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 152. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 153. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 154. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 155. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 156. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 157. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 158. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 159. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 160. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 161. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 162. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 163. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 164. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 165. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 166. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 167. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 168. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 169. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 170. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 171. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 172. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 173. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 174. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 175. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 176. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 177. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 178. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 179. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 180. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 181. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 182. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 183. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 184. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 185. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 186. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 187. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 188. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 189. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 190. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 191. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 192. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 193. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 194. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 195. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 196. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 197. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 198. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 199. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 200. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 201. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 202. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 203. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 204. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 205. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 206. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 207. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 208. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 209. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 210. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 211. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 212. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 213. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 214. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 215. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 216. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 217. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 218. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 219. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 220. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 221. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 222. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 223. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 224. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 225. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 226. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 227. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 228. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 229. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 230. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 231. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 232. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 233. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 234. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 235. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 236. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 237. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 238. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 239. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 240. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 241. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 242. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 243. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 244. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 245. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 246. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 247. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 248. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 249. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 250. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 251. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 252. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 253. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 254. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 255. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 256. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 257. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 258. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 259. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 260. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 261. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 262. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 263. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 264. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 265. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 266. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 267. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 268. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 269. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 270. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 271. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 272. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 273. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 274. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 275. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 276. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 277. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 278. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 279. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 280. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 281. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 282. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 283. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 284. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 285. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 286. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 287. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 288. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 289. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 290. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 291. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 292. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 293. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 294. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 295. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 296. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 297. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 298. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 299. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 300. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 301. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 302. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 303. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 304. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 305. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 306. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 307. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 308. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 309. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 310. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 311. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 312. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 313. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 314. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 315. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 316. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 317. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 318. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 319. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 320. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 321. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 322. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 323. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 324. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 325. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 326. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 327. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 328. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 329. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 330. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 331. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 332. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 333. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 334. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 335. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 336. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 337. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 338. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 339. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 340. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 341. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 342. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 343. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 344. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 345. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 346. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 347. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 348. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 349. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 350. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 351. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 352. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 353. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 354. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 355. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 356. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 357. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 358. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 359. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 360. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 361. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 362. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 363. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 364. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 365. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 366. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 367. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 368. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 369. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 370. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 371. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 372. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 373. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 374. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 375. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 376. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 377. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 378. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 379. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 380. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 381. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 382. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 383. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 384. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 385. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 386. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 387. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 388. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 389. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 390. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 391. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 392. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 393. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 394. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 395. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 396. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 397. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 398. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 399. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 400. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 401. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 402. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 403. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 404. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 405. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 406. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 407. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 408. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 409. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 410. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 411. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 412. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 413. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 414. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 415. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 416. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 417. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 418. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 419. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 420. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 421. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 422. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 423. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 424. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 425. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 426. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 427. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 428. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 429. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 430. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 431. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 432. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 433. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 434. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 435. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 436. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 437. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 438. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 439. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 440. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 441. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 442. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 443. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 444. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 445. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 446. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 447. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 448. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 449. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 450. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 451. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 452. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 453. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 454. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 455. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 456. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 457. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 458. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 459. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 460. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 461. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 462. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 463. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 464. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 465. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 466. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 467. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 468. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 469. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 470. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 471. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 472. Bericht über die Tätigkeit der Arbeiterfriedenskommission. 473. Bericht

Die weiße Mode.

Mode ist Abwechslung, Veränderung ist „etwas anderes“. Dem Bedürfnis der Frauen, insbesondere nach Abwechslung in Form und Farbe der Kleidung, wie in der Haartracht möglichst entgegenzukommen, sind die Modemacher eifrigst bemüht. Denn Mode ist auch Geschäft, ihr Geschäft. Die Industrialisierung auf dem Gebiete der Mode ist so umfassend, daß sich dem Einfluß der Mode niemand ganz entziehen kann. Die Unterschiede in den Besitz- und Einkommensverhältnissen sind für die Moden kein Hinderungsgrund. Mögen sie sich noch so kraß in der Güte des Materials, seiner Verarbeitung und Ausschmückung äußern, die Richtung ist jeweils die gleiche, während ihr Verlauf allerdings von „oben nach unten“ geht.

Die Schneefrisur.

Die Damenfriseurbeabsichtigen ihren Kundinnen diesmal zum Winter etwas „weiß“ zu machen, anstatt wie sonst, ihnen „historisch“ zu kommen. Die weiße Mode ist ihre Parole, und diese Parole ist international. Bei allen Völkern in diesem Winter sollen die Damen mit weißen Frisuren erscheinen. Daß dieses Weiß nicht etwa einödnig sein wird, das zeigte kürzlich eine internationale Frisurenschau der Damenfriseurmeister, vielmehr ihrer Meisterchaftsfriseur im Zoo. 25 Friseur, darunter ein Franzose, ein Italiener und ein Wiener, Meister aus Hamburg, Dresden, Düsseldorf, Essen, Erfurt, Hannover, traten mit ihren Berliner Kollegen in den Wettbewerb um die Herstellung der schönsten weißen Damenfrisuren. Das eigene Haar ihrer Modelle wurde verdeckt, weiße Perücken darübergelegt und diese dann in den verschiedensten Formen- und Farbenschattierungen frisiert und ausgeschmückt. Ergibt schon das Weiß die verschiedensten Farbnuancen, so wurden sie noch vermehrt durch Schattierungen von Rot und Grün. Die „Haarformer“, in die sich ein Teil der Damenfriseurbeverdeutsch hat, betrachten ihr Gewerbe als eine Kunst. Zweifellos gehört zur vollendeten Ausübung ihres Handwerks neben großer Übung und sorgfältiger Leistung auch ein guter Geschmack, ein ausgeprägter Formensinn.

Die Kurzgeschneidtenen.

Da die weiße Mode, wie gesagt, nur für Ballfrisuren gilt, die Tagesmode aber unverändert am Bubentopf festhält, zeigten die Meister dann auch, was sich alles aus dem Bubentopf für ihre Kunst und damit auch für ihre Käffen herausziehen läßt. Bei dem Schneiden der Bubentöpfe wird durch Stümperei noch viel gefündigt. Zwischen Abschneiden und Schneiden ist eben noch ein Unterschied, und der liegt im Können. Selbstverständlich sah man bei den Modellen im Zoo nur gutgeschneidene Bubentöpfe. Durch die mannigfachen Scheitelungen, durch die Art ihrer Ausmachung, eleganter Lockenaufputz und hübscher Haarschmuck, wurde gezeigt, daß der noch immer umstrittene Bubentopf seine Trägerin sehr hübsch und anmutig kleiden kann. Die Propheten, die dem Bubentopf ein baldiges Ende voraussagen, übersehen von vornherein, daß das Haar zwar rasch gefärbt ist, jedoch viel Zeit gebraucht, um wieder zu voller Länge heranzuwachsen. Wie umfangreich und vielseitig das Gebiet der Haar- und Schönheitspflege heute ist, lehrt ein Rundgang durch die mit der Modenschau verbundene Ausstellung. Die Verwendung der Elektrizität im Friseurgewerbe be-

chränkt sich längst nicht mehr auf das Haartrocknen nach dem Waschen, sie dient insbesondere zur Massage der Gesicht- und Kopfhaut, wozu die verschiedensten Apparate ausgestellt waren. Auch die weißen Perücken waren hier neben allem übrigen Haarterfolg sozusagen fertig zum Aufsetzen zu sehen.



Die neue weiße Ballfrisur.

Die Gehilfen sind natürlich gezwungen, mit der Mode mitzugehen, um den an sie gestellten Anforderungen zu genügen. Die

Fachabteilung des Arbeitnehmersverbandes des Friseur- und Haargewerbes hatte daher ein Preisfrisieren in der „Mode in Weiß“ veranstaltet, woran sich achtzehn Gehilfen beteiligten. Ihre überraschenden Leistungen konnten sich teilweise sehr wohl neben denen der Meister sehen lassen und waren im allgemeinen recht befriedigend. Wenn auch für viele Frauen die große Sorge des Alltags weder für die „Mode in Weiß“ noch für alle sonstigen Moden etwas übrig läßt, so handelt es sich doch hier bei all diesen Dingen um gesellschaftliche wie auch um gewerbliche Interessen, die sich durchzusetzen bestrebt sind und Erfolg haben.

v. Hohmeyer und Frau.

Wie man billig zu einer Hochzeitsreise kommt.

In Begleitung einer eleganten hübschen jungen Dame, angeblich seiner Frau, erschien in zahlreichen Pensionen im vorigen Jahre ein Freiherr Walter von Hohmeyer, und es sich dort gutfinden ließ, dann aber mit seiner Gattin verschwand, nachdem er vergessen hatte, die Rechnung zu bezahlen.

Neben diesen Zechprellereien hatte Walter v. Hohmeyer, wie sein richtiger Name auch war, noch eine große Zahl von Betrügereien verübt. Er besuchte alte Bekannte seiner Familie und ehemalige Schul- und Studienfreunde, und schwindelte ihnen alles mögliche vor. Auf diese Weise erlangte er Darlehensbeträge von 10 bis 250 M. Das Geld versprach er von Hause sofort zurückzuschicken. Mit seiner jungen „Gattin“ machte er eine Reise durch ganz Deutschland. Wiederholt soll es vorgekommen sein, daß ihm, wenn das Pärchen gemeinsam an der Pensionstafel saß, Komplimente über seine hübsche, elegante Gattin gemacht wurden. Mit der „Gattin“ hatte es aber einen Haken, denn sie war der — Freund Hohmeyers, der in Frauenkleidung mit ihm herumreiste. Darin wurde ebenfalls von der Anklage ein Betrugsmörder erblickt. v. Hohmeyer ist schon zehnmal wegen Betruges verurteilt und hat lange in Gefängnissen und Zuchthäusern gesessen. Er stammt aus guter Familie und ist der Sohn eines wegen Verschwendungssucht entmündigten Offiziers. Als er frühzeitig aus dem Elternhause fort mußte, geriet er bald auf die schiefe Bahn.

Da nun aber die Juristen alten Schlags immer noch behaupten, daß die Strafe „bessern“ soll, so scheint es nicht unwichtig darauf hinzuweisen, daß auch in diesem Fall die Strafe keineswegs verbessert hat, sondern den Straffälligen noch weiter hinauszog. Gestig ist Hohmeyer offenbar auch nicht ganz auf der Höhe, wenn es ihm auch nicht gelang, die Rolle des Geisteskranken erfolgreich zu spielen. Rechtsanwält Dr. Störmer hielt den Angeklagten für seine Taten verantwortlich, wenn er auch geistig stark minderwertig ist. Der Verteidiger trat dem von Staatsanwaltschaftsrat Schmidt gestellten Strafantrag von 2½ Jahren Zuchthaus mit dem Hinweis auf die erbliche Belastung des Angeklagten und seine Kerpenserrüttung infolge übermäßigen Kokaingenusses entgegen. Das Schöffengericht Schöneberg gab ihm nochmals mildernde Umstände und erkannte auf 1 Jahr 9 Monate Gefängnis, von denen die 9 Monate auf die Untersuchungshaft in Abrechnung kamen. Außerdem aber erhielt der Angeklagte noch 3 Jahre Ehrverlust.

Ein Straßenunfall, der unnötig war!

Ein Straßenunfall, der sich am Mittwoch, nachmittags gegen 4½ Uhr, in der Zimmerstraße, Ecke Jerusalemstraße, ereignete und in seinem Verlauf genau beobachtet wurde, zeigt mit erschreckender Deutlichkeit, welchen Gefahren der ahnungslose Fahrgast ausgesetzt ist. Eine Kraftdrosche, die die Jerusalemstraße heraufkam, kreuzte die Zimmerstraße und hatte schon beinahe die Mitte der Kreuzung überquert, als von rechts, von der Zimmerstraße kommend, eine andere Kraftdrosche die erstere rampte. Ein Schuhmann ist augenblicklich zur Stelle und greift umfänglich ein. Sofort bemühten sich auch schon Straßenpassanten um den verletzten Fahrgast, den Kaufmann K. aus der Alexandrinerstr. 89, der mehrere blutende Kopfwunden und eine Augenverletzung erlitten hat. Schnell wird er zur nahegelegenen Rettungswache geschafft. Die in Berlin offenbar nicht zu vermeidende in überlauten Worten geführte Unterhaltung der beiden streitenden Chauffeurs wird durch das Dazwischentreten des Schutzpolizisten beendet. Man hört aber den Unheilstifter — also den Chauffeur, der von rechts den Wagen rampte, noch die recht

Die Passion.

Roman von Clara Viebig.

„Ich bringe dich bis hin, natürlich,“ sagte er. „Aber mit herauf komme ich nicht — nein, nein!“ Er streckte abwehrend die Hand aus, als sie etwas sagen wollte. „Es ist mir unmöglich, ich habe eine Stunde — ja, der Lehrer erwartet mich — ich kann sie nicht versäumen. Sie ist zu wichtig.“ Das fiel ihm noch gerade ein.

„Du scheinst dich nicht sehr zu freuen, daß ich komme,“ sagte sie traurig. „Aber ich nehm's dir nicht übel. Wir haben ja auch keinen Grund, uns zu freuen. Wie geht es dir denn gesundheitlich, Manfred? Bist du die dummen Kopfschmerzen hier ganz los geworden?“

„Ganz,“ antwortete er. Aber die Antwort entsprach nicht der Wahrheit, er fühlte jetzt mehr denn je seinen Kopf; es ging ihm wie ein Stich durch den Schädel. Das kam von der Aufregung! O, diese schreckliche Aufregung! Was wollte sie hier bei ihm, was sollte er hier mit ihr? Hier konnte sie doch nicht bleiben. Hätte er sie doch nie gesehen! Er begriff jetzt nicht, daß er einstmal so sinnlos verliebt in sie gewesen war, daß er ihr nachgeschlichen war durchs ganze Haus, daß er immer auf ihrer Spur gewesen war wie ein Hündchen. Die Hand hatte er ihr verstoßen gedrückt, mit den Blicken sie verschlungen, im Schrankwinkel, hinter jeder Tür sie heftig an sich gerissen. Erst hatte sie ihn abgewehrt; seine gute Freundin wollte sie gern sein, wie bisher, und es auch immer bleiben; sie hatte ihm neckend auf die Finger geschlagen, sein Schmeicheln hörte sie mit einem Lächeln an, aber sie hatte ihn immer abgewiesen — bis zuletzt. Es war nach dem Tode des Vaters gewesen, er war so allein und sehr traurig, da hatte sie ihm nachgegeben.

Nun waren sie beide arme geschlagene Sünder. Wie vernichtet sahen sie sich im möblierten Zimmer der Witwe Bergmann gegenüber. Sie trauten sich kaum, einander anzusehen. Scheu glitten seine Blicke an den ihren vorüber, und auch sie fand nicht den Mut, ihm fest in die Augen zu sehen. Sie fühlte instinktiv, sie kam ihm ungelegen, er hatte nicht mehr die alte Liebe für sie. Aber sie schluckte das Weinen herunter, das ihr immer wieder in die Kehle steigen wollte; sie hatte ja schon so viel geweint, daß sie fast keine Tränen mehr hatte. Und das sah sie heute schon klar, das, was sie in diesem Zustand eigentlich von ihm haben mußte, ja erwarten konnte, das würde sie nicht von ihm haben. Tief senkte sie den Kopf. Aber sie war ihm nicht böse; er war ja noch so jung,

und so ein lieber Mensch. Und Geld hatte er auch nicht, nur sehr wenig; das hatte er ihr jetzt gesagt. Das menige, das er noch hatte, bot er ihr an; das drängte er ihr auf.

„Du mußt es nehmen! Du kannst doch nicht ganz mittellos zu deinem Bruder kommen. Und sowie meine Mutter mir mein Geld für den nächsten Monat überweist, teile ich mit dir.“

Aber sie nahm es nicht. „Ich habe vorderhand etwas Geld. Ich habe meine goldene Uhr verkauft und die schöne Brosche, die ich noch von meiner Mutter her hatte. Und auch sonst noch allerlei. Es geht schon, ich komme vorerst schon durch.“ Sie war nicht zu bewegen, sein Geld zu nehmen. „Vielleicht später, wenn das Kind erst da ist und ich noch nichts verdienen kann.“

Da steckte er es denn wieder ein. Wovon hätte er auch leben sollen? Er hatte sowieso die Bergmann noch nicht für die vergangene Woche bezahlt.

Es war Mittag, als sie sich auf den Weg machten; sie hatten noch lange gesprochen, eigentlich belanglose, für sie im Augenblick unwichtige Sachen. Das „Was nun?“ stand mit furchtbarer Eindringlichkeit vor ihnen beiden, aber sie wagten nicht, es zu berühren. Auch über seine Gesundheit verlor er weiter kein Wort, über all das, was er durchgemacht hatte. Was brauchte sie davon zu wissen? Das ging sie ja gar nichts an. Und ihn auch nicht mehr. Ueberstandene Dinge wirft man gern zu den Toten. Man vergißt sie. Sie sprachen von seiner Mutter und von ihrem Vater, und als sie von dem sprach, verlor sie ihre Fassung, sie brach in ein trampelhaftes Schluchzen aus. Der arme, arme alte Mann! Nun hatte sie es ihm doch gestehen müssen, in seiner Harmlosigkeit wäre er vielleicht noch immer nicht dahinter gekommen. Er hatte nicht begreifen können, warum sie jetzt durchaus nach Berlin wollte; sie mußte es ihm sagen. Da war er ganz zusammengebrochen. Er hatte sie nur fassungslos angestarrt: seine Tochter, seine Tochter, die er in Gottesfurcht und Ehrbarkeit erzogen hatte, die immer in die Messe gegangen war, ins Hochamt, regelmäßig zur Beichte; war es möglich, daß die sich so vergessen hatte?! Sie mußte ihn zu Bett bringen, er wurde krank. Da lag der alte Mann, hatte sich die Dedes bis über die Augen gezogen, sprach nichts, oh nichts, brüdete nur in sich hinein.

Ob er wohl zu seiner Mutter gehen würde, ihn da verflagen? Manfred fragte es ängstlich.

Olga lächelte schwach: nein, das würde er nicht tun. Ach, ihr Vater mußte ja jetzt zu gut, was es heißt, Kummer um ein Kind haben.

Als sie in der Elektrischen saßen, um nach der Alexander-

straße zu fahren, war Manfred froh, daß im Wagen nur noch ein Sitzplatz war, daß er draußen stehen konnte auf dem hinteren Perron und sich eine Zigarette anzünden. Er rauchte mit hastigen Zügen: O, Bergessenheit! Oder wäre er nur weilenweit fort! Er wagte es nicht, in den Wagen hineinzusitzen, mit einem Winken der Augen, sich zu ihr zu beugen. Als sie am Alexanderplatz angekommen waren, mußte er ihr doch beim Aufsteigen behilflich die Hand reichen; sie stützte sich schwer auf ihn. Zentnerschwer. Er atmete auf, als er sich endlich im düsteren Lorflur des Hauses verschwinden sah, in dem oben im dritten Stock Stefan Wlaskowski wohnen sollte.

Sie hatte beim Abschied seine Hand mit ihren beiden Händen lange festgehalten: „Wann seh' ich dich? Heute abend noch mal? Morgen?“

„Heute kann ich nicht,“ sagte er hastig. „Aber morgen. Morgen. Schreib heut abend gleich noch eine Zeile, damit ich weiß, wie alles gegangen ist. Und dann tritt mich morgen nachmittag — es ist ja früh dunkel — um Vier ungefähr am Bahnhof Alexanderplatz unterm hintersten Stadtbahndogen.“

Sie hob das Gesicht zu ihm auf, eigentlich hatte sie einen Kuß von ihm erwartet — hier schnell einen im düsteren Lorflur — aber daraus wurde nichts. So nickte sie ihm nur noch einmal zu.

Und dann hatte er noch ein paar Augenblicke gewartet, gehört, wie sie langsam und schwer tretend die Treppen hinaufstieg.

Stefan Wlaskowski hatte eine nicht mehr ganz junge, aber eine noch immerhin ansehnliche und sehr tüchtige Frau. Sie hatten auch drei Kinder, drei gesunde hübsche Kinder. Das älteste Mädchen war schon zehn Jahre; das hatte die Frau mit in die Ehe gebracht.

Frau Wlaskowski stand allein der Schwägerin gegenüber. Ihr Mann war noch nicht zu Hause. Aber er mußte gleich kommen; Olga sollte sich nur einen Augenblick setzen. Sie bot der Schwägerin, die sie persönlich ja nicht kannte, von der sie nur durch den Bruder gehört hatte, einen Stuhl an. Ihre Augen blickten groß und sehr verwundert auf das Mädchen, das unwillkürlich seinen Mantel fester um sich zog. Die Frau wußte nicht sofort, was sie aus diesem plötzlichen, ganz unvorbereitet kommenden Besuch machen sollte. Aber dumm war sie nicht, es wurde ihr bald klar: hier sollte Stefan beispringen. Ihr Blick wurde mißtrauisch. Das konnte man ihr nicht verdenken angesichts dieser Erscheinung, der man ihren unzweifelhaften Zustand, trotz des Mantels, der verhallen sollte, ansah. (Fortsetzung folgt.)

Geburt und Tod.

Von Hans Gathmann.

Der junge Staatsanwalt Doktor Strahmann hatte die Nacht durchwacht und hob seine Augen erschrocken von dem vor ihm liegenden dicken Aktenbündel, als die Uhr vier schlug. Noch eine Stunde! Alles Grübeln und Brüten hatte ja nun keinen Zweck mehr. Die Zeit lief unerbittlich ab, und das Schicksal ging unaufhaltsam seinen Weg.

Er stand auf und lief fast ohne Gedanken ein paarmal durch das halbhelle Zimmer. Seine vom Wachen etwas fiebrigen Augen schmerzten, im Hirn war ein dumpfes, unerträgliches Druckgefühl, und irgendeine Dualität rief unaufhörlich am Herzen. Natürlich, das kam alles vom Nachbleiben, von der Aufregung, die dieser vergangene Abend gebracht hatte. Seine Frau hatte sich frühzeitig ins Bett begeben, sie klagte über Schmerzen in der Brust, und gegen 12 Uhr schrie sie plötzlich in grausamen Wehen. Er sah ihr leichtenklaffen Gesichtchen in die Kissen eingewühlt und verblissen, ihr Körper zuckte und schlug, und in namenloser Angst, denn die Stunde der Geburt kam plötzlich und unerwartet früh, telephonierte er nach Arzt und Hebamme. Beide kamen, der Arzt untersuchte, so gut es ging, die über unerträgliche Schmerzen klagende junge Frau, zuckte die Achseln, zog den Staatsanwalt ins Herrenzimmer und sagte betont:

„Es war bei der schwachen Gesundheit Ihrer Gattin zu erwarten, daß sie das Kind nicht austragen kann. Rein, nein... Sie brauchen noch keine Besorgnisse zu haben. Es kann alles gut gehen. Nur... es wird eine schwere Geburt werden. Wahrscheinlich... Die Frau wird hier bleiben, ich selbst komme gegen sieben Uhr früh, dann wird es wohl so weit sein...“

„So lange wird es dauern, Herr Doktor?“

„Ich fürchte, es wird noch länger dauern. Aber machen Sie sich keine unnötige Sorge.“

Als der Doktor gegangen war, trat der Staatsanwalt ins Schlafzimmer. Die fremde Frau sah schweigend mit erstem Besicht neben dem Bett, und ehe er noch ein Wort des Trostes und des Zuspruchs sagen konnte, winkte ihm die Schwangere heftig mit der Hand zu, hinauszuweichen.

Im Schlaf war natürlich nicht zu denken gewesen. Er hatte, um sich abzulenken, wieder die Akten des Mörders Paul Schurig vorgenommen, des ersten Menschen, gegen den er das Todesurteil erzwungen hatte. Er las stundenlang dieselben Sätze, er wußte ja alles, jede Einzelheit, jede Zeugenaussage, und seine eigenen Schlüsselwörter flossen ihm ein, immer wieder: Dieser Mensch, der eine bestialische Rohheit in der Ausübung seiner wohlüberlegten Tat bewies, gehört nicht mehr in die Gemeinschaft der Menschen. Ich beantrage die Todesstrafe. Meine Herren Geschworenen, vernichten Sie diese Bestie in Menschengestalt!

Auf der Zeugenbank hatte die Mutter des Angeklagten gesessen, eine vorhärte, arbeitsmüde, ehrliche Stellenbesitzerin, die das Schicksal ihres einzigen Sohnes einfach nicht begreifen konnte und bei diesen Worten des Staatsanwalts einen ganz tiefen, schmerzhaften Schrei aus der Seele heraus tat, ehe sie zusammenfiel.

Es war damals alles programmäßig verlaufen. Seine Worte hatten ihre Wirkung nicht verfehlt. Das Gericht sprach das Todesurteil, der junge Mörder zuckte mit keiner Wimper. Nur als seine alte Mutter hinausgetragen wurde, schien es einen Augenblick, als wollte er losbrechen oder losbrechen. Aber es kam nur ein unartikuliertes Schreien aus seiner Kehle, und der Staatsanwalt hatte seine zum Offiziellenteidiger gesagt: Ein unerhört verfochtener Bursche!

Es war ja ein ganz einfacher Fall gewesen. Ohne psychologische Rätsel. Ohne notwendige Bemühung von allerlei Sachverständigen. Paul Schurig hatte seine Geliebte aus Eifersucht erstochen. Mit zwanzig Meßerstiichen.

„Haben Sie die Tat mit voller Ueberlegung ausgeführt?“

„Ja!“

Dieses mutige oder dummköpfige Ja! vereinfachte den Fall noch mehr, die Verhandlung war nach drei Stunden schon beendet.

Und nun, nach vier Wochen, nach Ablehnung seines Gnaden-gesuches, sollte Paul Schurig hingerichtet werden — an demselben Morgen, an dem das Staatsanwalts Gattin ihrer schwersten Stunde entgegenging.

Doktor Strahmann stand am Fenster und starrte zerquält in den grauen, dämmernden Tag. Dies Zusammenreffen war unerträglich qualvoll! Er begriff nicht mehr, wie er in der Freude über seinen Erfolg seiner Frau von diesem Todesurteil hatte erzählen können. Sie las sonst keine Zeitung, aber jetzt begann sie die Zeitung nach dem Termin durchzulesen, an dem das von ihrem Manne geforderte Urteil vollstreckt werden würde. Sie fand ihn. Von da an war sie verstört und aufgeföhrt — Strahmann zermarterte sich mit Selbstvorwürfen. Hätte er geschwiegen! Wie konnte er so leichtsinnig sein! Als ob es nichts wäre — ein Todesurteil — eine Hinrichtung. Er sah ja damals nur das erreichte Ziel des öffentlichen Anklägers, seiner Frau war von ihrem Zustande noch kaum etwas anzumerken und nun...

„Du... gehst?“

„Ja, muß doch...“

„Du mußt...“ Das war wie ein tiefer Seufzer. Aber dann schrie und unversinnlicht:

„Sah ihn doch leben!... Sah ihn doch leben!“

Er versuchte, ihr zärtlich beruhigend über's Gesicht zu streichen, über die Stirn, auf der große, tüble Schweißtropfen standen. Sie wandte sich wie erschrocken von dieser Berührung ab und wahrte ihm, fuhr mit der Hand tief über ihren schmerzenden Leib:

„Das da will doch auch leben... das da will doch auch leben...“

Die Hebamme machte ihm ein Zeichen. Er ging rasch, mit einem letzten Blick auf die wieder wie teilnahmslos Daliegende, deren Hand offen zu leben schien und sich wie automatisch über ihren Leib bewegte: zärtlich, streichelnd, auf und ab, ruhelos.

Strahmann warf einen Blick noch in den Spiegel. Die schwarze, schlanke Gestalt sah tadellos aus. Er bog seine Lippen zurecht, rückte das harte Kinn noch etwas vor und zwang zwei steile und scharfe Falten über seine Nase in die glatte Stirn.

Als er zum Jglander griff, packte ihn der Gedanke: Wenn ich nun nicht gehe?! Wenn ich ihr nun sage, daß ich nicht gehe?... Unmöglich!... Unmöglich! Und wie unlogisch diese Frauen sind! Weil sie leben will, soll dieser brutale Mörder auch leben. Da, sie war krank. Ihr Zustand brachte das eben mit sich, das würde alles schon wieder vergehen. Bloß keine Sentimentalität jetzt. Pflicht ist Pflicht und geht allem anderen vor.

Er ging, ohne ein unbehagliches, drückendes Gefühl loszuwerden. Er war eine unbestimmte Furcht vor den ungeheuerlichen Zufälligkeiten des Lebens in ihm. Vor dieser phantastischen Nähe von Geburt und Tod, die ihm noch niemals so grell zum Bewußtsein ge-

„Genau vor einer halben Stunde. Es war ihr leicht geworden, zuletzt. Sie hat nur noch einmal nach Ihnen gerufen...“

„Nach... mir?!...“ Strahmann tastete nach seiner Uhr. Vor einer halben Stunde... da... fiel ja auch... er murmelte unverständlich, so daß der Arzt ihn verwundert ansah und sprechen wollte. Strahmann zerbiß sich seine Lippen, der Arzt presste noch immer seine Hand.

„Sie müssen den Verlust tragen, Herr Staatsanwalt... es wird Ihnen leichter werden, denn das Kind Ihrer lieben Frau lebt und ist ein gesunder Junge.“

Da rief sich Strahmann jäh los, stürzte ins Schlafzimmer und wühlte kniend den Kopf in ein weißes Kissenbündel, aus dem ein quäkendes Schreien kam.

Milliardäre.

Von Felix Scherret.

Sie lassen sich in Haltungen photographieren, die ihnen Sympathien erwerben müssen. Der greise Rockefeller schüttelt einem kleinen Mädchen die Hand; sein Gesicht strahlt, er ist ganz verlebende Menschlichkeit, oder er läuft wie irgendeiner seiner untergeordneten Schreiber einem Cricketspieler nach, ein Banderbild unternimmt einen Handball, lenkt selbst die Pferde oder hebt mit eigenen Armen ein vor Hunger ohnmächtig gewordenen Kind auf. Auf den Photographien mondäner Magazine zeigen diese Weltbeherrscher ein menschlich fühlendes Herz. Und der wehmütige Ausspruch Hugo Stinnes' „Ich sammle für meine Kinder“ stammt direkt aus einem Roman der „Gartenlaube“. Wie lieb, wie vertraut klingt dies. Auf einmal versteht das Bürgertum diese Menschen, die eigentlich schon zu einem Mythos geworden sind. Ja, sie sind nur ihresgleichen, sie haben mehr Geld, aber sie verfügen über ein Seelenleben wie der kleinste Beamte, auch wenn sie das Angeficht der Welt umgestalten können.

Aber in manchen Romanen abenteuerlichen Charakters erscheinen diese bürgerlich soliden Weltbeherrscher in einem Gewande, vor dem selbst ein Nero oder Caracalla zurückweichen würde. Nach außen spielen sie die braven Geschäftsmänner und Staatsbürger, aber innerlich sind sie von einer Verderbtheit, die vielleicht nur der blühenden Phantasie ihrer Verfasser entspringen kann. Das Bild ganzer Länder gilt ihnen nichts. Wenn sie eine Naube befriedigen wollen, opfern sie Erdteile. Selbst ein Nero, der der Sage nach Rom anzündete, um sich zu einem Gedicht inspirieren zu lassen, wäre dazu nicht fähig gewesen. Was gelien ihnen Moral oder engende Schranken! Das Leben ist nur eine Geldangelegenheit, jedes Schauspiel kann bezahlt werden.

Oder sie erscheinen als große Kinder, die kein anderes Vergnügen kennen als das Anhäufen von Geldscheinen, harmlose Irre, die in Dollarnoten wühlen und restlos glücklich sind, wenn sie wieder ihr Besitz um einige Millionen vermehrt hat. Der Aristokrat ist geschlossen, der Beherrscher der Welten ist zum hilflosen Kind geworden. Manchmal erscheinen sie auch geistig interessiert. Sie wickeln ihre Geschäfte ab und dazwischen halten sie ihrem Interviewer heftige Vorträge über Kunst und Philosophie, ziehen treffende Parallelen zwischen amerikanischen und deutschen Schauspielern. In einem einfachen, blauen Anzug bieten sie ihrem Besucher Zigarren und Cigaretten an. Und ein großer, schwebender Roter malte einen ihrer Vertreter, wie er vornehmen eine kostbare Bronze streichelt und seinen Blick durch einen dunkel umrandeten Klemmer traumverunken in die Welt richtet, ein Bildhauer des zwanzigsten Jahrhunderts, ein Florentiner in französischem Gehrock mit Plastron und Backschuhen, nur mächtiger als das kleine, italienische Kaufmannsgeschlecht, aber ein Romantiker, der im Grunde die Dinge dieser Welt verodtet und in einem Traum lebt, der dem der Kleinbürgerlichen, deutschen Romantiker aus dem Anfang des neunzehnten Jahrhunderts vielleicht gleicht.

Und wo liegt die Wahrheit? Einmal wurde einer der mächtigsten indischen Fürsten Asket und Begründer einer der Welt verachtenden Religion, viele römischen Imperatoren verließen bei dem Gedanken an ihre Macht dem Wahnfinn, und ein Henry Ford schreibt kindlich hilflose Memoiren. Wo liegt die Grenze? Erst dort, wo jede Vergleichsmöglichkeit aufhört, nicht bei ein paar Millionen, aber dort, wo der Besitz eine Macht verleiht, die Welten umwälzen kann. In einem bekannten französischen Roman spricht ein Dichter über die Macht amerikanischer Milliardäre, das Schicksal hätte es mit der Menschheit gut gemeint, daß das Geld in Händen von Guten gekommen wäre, die phantastisches genug seien, es nicht zum Bösen zu verwenden. Vielleicht stimmt das. Aber auch ein Nero eilte auf die Nachricht vom Niedergange Roms von Antium nach Rom, um den Bebrängten zu helfen. Warum kann nicht auch einmal das Umgekehrte eintreffen? Ist es denn ausgeschlossen, daß bei einem nüchternen Geschäftsmann plötzlich der Götterwahn einsetzt? Mag man die modernen Milliardäre als kindliche Eristenzen abtun, sie als Spiegelercheinungen menschlichen Seins preisen oder sie als Verderber gesellschaftlicher Einrichtungen anprangern, vielleicht tritt eine grundlegende Verschiebung in einer Epoche ein, in der alles, was sonst Menschen erstreben, gegenstandslos geworden ist, weil es sofort erfüllt werden kann. Kannte Tacitus das Seelenleben römischer Kaiser, das er beschrieb? Immer wieder schreiben Aufstrebende über diese Menschen, jeder legt seine Weltanschauung in die Wünsche und das Wollen dieser Menschen hinein, oder wenn einer dieser mit einem Dackelanzug belledeten Götter selbst schreibt, entwirft er dann ein wahres Bild von sich? Keckheit ist das wirksamste Mittel, um sich vorteilhaft in Szene zu setzen.

Wie die Künstler der Steinzeit malten. Von jeher haben die künstlerisch höchstehenden Leistungen steinzeitlicher Menschen eine große Bewunderung abgelenkt. Man konnte es sich kaum erklären, wie die Künstler jener Periode mit unglücklich primitiven Mitteln so hervorragende Werke zu malen wußten. Die Höhlenbilder von Front de Gaume hervorbringen konnten. Erst die Untersuchungen Professor Max Perworns haben das Dunkel einigermassen gelichtet. Man kann heute als sicher annehmen, daß die Steinzeitmenschen als Farbmateriale mit toxische Eisenoxide anwandten, die ja die Natur in vielerlei Formen darbietet. Auch Manganoerze und weißer Kalk ebenso wie Kohle dürften von den Steinzeitkünstlern in Gebrauch genommen worden sein. Um dieses natürliches Farbmateriale für den praktischen Gebrauch nutzbar zu machen, mußte es natürlich erst zu Pulver zerleinert werden. Hierzu bediente man sich entweder eines Feuersteinhahners, oder man rieb das Farbstück auf einer schwarzen Steinunterlage zu Pulver. Dann nahm man ein Felsstück oder einen Stein, der gleichsam als Palette diente, und rieb das so erhaltene Pulver auf ihnen zu einer Farbpaste an. Wollte man eine Felswand oder auch Holzgeräte mit Bemalungen versehen, so kratzte man zunächst die Zeichnungen oder Ornamente in ihren Umrissen mit Feuersteinen ein. Zunächst wurden die klaren Linien entworfen, dann verbeßert und endlich die richtige Linie weiter vertieft. Dann trug man die Farbe mit dem Finger auf und vertrieb sie mit der Bildfläche. Auch die Bemalung des Körpers mit dem Finger ausgeführt worden sein, zu feineren Ornamenten haben die Steinzeitkünstler unzweifelhaft seine Stäbchen benutzt. In einzelnen erhaltenen Exemplaren kann heute noch deutlich nachgemalt werden, daß die Geräteornamente, die man mit Feuerstein in die Knochen einschmiert oder einfräht, mit Farbstoff eingetrieben wurden. Auf Lötlereimer hat man vielfach Ornamente gefunden, die mit einer weißen Kalkpaste inkrustiert waren. Diese Erzeugnisse gehören der neolithischen Periode an.

Die Witwe.



„Schon unserer Kinder wegen werde ich ihn nehmen.“

kommen war. Je mehr er nachdachte, als er in der Droschke den langen Weg zum Gefängnis roitierte, erfasste ihn eine unerklärliche Angst vor dem Kinde, dem seine Frau das Leben geben wollte. Dieser Paul Schurig war auch ein Kind gewesen, ein guter Sohn, sagte die Mutter, streng erzogen von dem ehrbaren Vater... konnte denn sein Kind auch ein Mörder werden? Dieser plötzliche Gedanke mochte ihn ganz fassungslos, seine Ideen gerieten in eine ungekannte Verwirrung, die er mühsam löste und deren Resultat war, daß er dies Kind haßte, ehe es geboren war, weil es unschöne, unauspensliche Möglichkeiten in sich barg. Möglichkeiten, vor denen einem schauern konnte und für die er niemals die Verantwortung übernehmen konnte. Er fröstelte sichtbar und fühlte, daß er keinen Schmerz empfinden würde, wenn es bei der Geburt stirbt. Dann war diese peinliche Furcht zu Ende. Was es sterben... Mein eigenes Kind?! dachte er und erschroß vor sich selbst. Aber das ließ ihn nicht mehr los. Wer weiß, wozu es gut ist, wenn es stirbt. Wenn sie nur leben bleibt. Die Furcht vor dem Leben und dem Tode fraß plötzlich so an seinem Herzen, daß er blaß und alt aussah, als er das Gefängnis betrat. Er rief sich zusammen — er mußte ja alles sehr schnell gehen — eine Viertelstunde! Damit war alles vorüber, auch diese blödsinnigen Gedanken, und er konnte wieder aufatmen.

Der Mörder Paul Schurig hatte die letzte Nacht seines Lebens ruhig geschlafen. Er zeigte keine Furcht und keine Reue. Der Staatsanwalt fühlte seine Belpne einen Augenblick schwach werden, als ihn der Beurteilte mit einem unsagbaren Lächeln, das verheimlichte Angst, Spott, Ueberlegenheit, erzwungene Lustigkeit oder frivole Unbekümmertheit sein konnte, ansah. Doktor Strahmann wunderte sich, wie fest und sicher dieser Mensch gehen konnte — zum Tode! Im Angesichte des Richtblocks, beim Säuten der Armen-sünderglocke.

Dann dauerte es wirklich nur zehn Minuten. Am Augenblick der irdischen Vergeltung schloß Strahmann krampfhaft die Augen, vor denen es plötzlich dunkel war, sobald er sie erschrocken wieder öffnete. Da sah er nach den abgeschlagenen Kopf springen und stürzte fort.

Aber er hatte sich geirrt. Die Furcht wich auf dem Heimwege nicht. Sie wurde stärker. So, daß er für einen Augenblick daran dachte, nicht heimzugehen. Alkohol zu genießen, sich zu betäuben. Viel Alkohol. Die große Furcht vor dem Unerklärlichen, das Macht über Geburt und Tod hat, und vor dem der Mensch plötzlich jammernd hilflos und elend zusammenschrumpft, konnte er nicht mehr aus sich herausreißen. Betäubung ist Feigheit, dachte er; mein Gott, habe ich denn keine Nerven mehr! So nahm er seinen Wagen, sondern lief durch die tüble Morgenluft, aufgewühlt und furchtvol; doch die Morgenfrische brachte ihm die erhoffte Beruhigung nicht.

Als er seine Wohnung betrat, kam ihm der Arzt entgegen. Strahmann blidte ihn fragend an, sein Herz schlug laut. Plötzlich, als der Arzt lange schwieg, wußte er alles, schrie mühsam beherrschend: „Herr Doktor!“

Der sahkte seine Hand: „Es war für Ihre arme Frau zu schwer...“

Strahmann hielt sich an dieser fremden Hand fest, verwirrt und fassungslos, stammelte:

„Wann... wann... geschah es denn...?“

Die wahren Schuldigen.

Der Generalsekretär des Kriegsschuldausschusses im Coßmann-Prozess.

München, 4. November. (BZ.)

Der Generalsekretär des Untersuchungsausschusses Dr. Fischer wandte sich im weiteren Verlauf der Untersuchung der Frage zu, ob der Vorwurf des Dolchstoßes der historischen Wahrheit entspreche. Der Herausgeber der „Süddeutschen Monatshefte“ hat mehr als einmal erklärt, daß er als entscheidendes Merkmal des Dolchstoßes ansehe, daß sowohl dem deutschen Volke in der Heimat als auch dem deutschen Soldaten an der Front ein Zweifel am deutschen Recht entstanden sei. Weil sie Zweifel am deutschen Recht hatten, sei der Wille zum Sieg aus den Gemütern verschwunden. Dieser Zweifel am deutschen Recht wird in erster Linie zurückgeführt darauf, daß der Glaube verloren ging, daß Deutschland 1914 das Opfer eines planmäßigen Ueberfalls geworden sei. Wie ist es nun gekommen, daß ein Teil des deutschen Volkes von der ursprünglichen Auffassung abging; nachdem die erste Zeit der Befreiung verlaute, wurde vom deutschen Volk die Frage aufgeworfen, von wem denn eigentlich der Krieg ausgegangen sei? Die Leute haben sich an die Tatsache erinnert, daß nicht die Gegner es gewesen waren, sondern Deutschland, das den Krieg erklärt hatte. Es war eine Tatsache, die nicht aus der Welt zu schaffen war, daß Deutschland sowohl Rußland wie Frankreich den Krieg erklärt hatte. Es war weiter Tatsache, daß die österreichische Politik, die von der deutschen unterstützt wurde, Serbien den Krieg aufgedrängt hatte. Es wurde weiter darauf hingewiesen,

weise erklären kann. Es ist derselbe Mangel an Fähigkeit, sich die wirklichen Verhältnisse im Felde vorzustellen, wenn von dem zusammenstürzenden Heere verlangt wird, es sollte sich gewissermaßen bis auf den letzten Mann erschließen lassen. Sehr zur Verstärkung der Soldaten hat auch das Auszeichnungswesen beigetragen und die Art, wie Auszeichnungen verliehen wurden. Es fehlte an einer Auszeichnung für Tapferkeit, einer Auszeichnung, die nicht einmal der Kaiser bekommen konnte. Auch diese Dinge haben mehr als man glaubt zu Zweifeln in der Mannschaft beigetragen. Da war auch

einer der Umstände, die den Zweifel in die Mannschaften hineintrugen, ob die Leistung freiwilliger Aktionen von Tapferkeit auch anerkannt würden, und ob nicht das Ordenswesen das sei, was in den furchtbaren Ausbruch „Schwindel“ hineingelegt wurde.

Eine große Rolle spielten auch die Offiziersgehälter. Dem gemeinen Mann kamen die Bezüge der Offiziere ungeheuer vor. Er selbst bekam nur einen kleinen Sold, und zu Hause sah er sein Geschäft, sein Bauernanwesen usw. immer mehr herunterkommen. Was hat es für einen Eindruck gemacht, wenn man anfing, mit seiner Familie zu darben und auf der anderen Seite die vollgegriffenen Kriegsgewinnler in den Autos sehen mußte.

Als die Leute zu Hause ihr Kupfer, ihr Zink und ihre Wertsachen opfereten, als die Messingbestandteile von den Oesen abgeschraubt wurden, dann hat man nichts davon gehört, daß der Goldbestand des Berliner Schlosses auch auf dem Altar des Vaterlandes niedergelegt wurde oder daß der deutsche Kaiser gesagt hätte, er esse mit Blechlöffeln, solange das Volk in Not sei.

Es wäre ein Verbrechen der Fürsten notwendig gewesen, die sich auf Ehrenwort hätten verpflichten müssen, nach den Worten zu leben, und der jeden für ehrlos erklärt hätte, der das nicht tat. Das waren Dinge gewesen, das deutsche Volk zusammenzuhalten und zu verhindern, daß der gute Geist des deutschen Volkes allmählich verloren ging. Nachteilig wirkten auch die Falschmeldungen der Obersten Heeresleitung. Der Schließliche Plan führte nicht zum Ziel, der U-Boot-Krieg führte nicht zum Ziel, die Offensive 1918 führte nicht zum Ziel! Wie kann sich da der gemeine Mann des Zweifels erwehren, daß er einem übermächtigen Feind gegenüber stand, und daß er eine Regierung vor sich hatte, die der weltgeschichtlichen Aufgabe dieses Krieges nicht gewachsen war. Und dann sollte er an die Verwirklichung eines strategischen Planes glauben, wo ihm doch die Niederlage handgreiflich geworden war. Die feindliche Propaganda hat im ganzen viel weniger mit Lügen als mit Wahrheiten gearbeitet. Die Feinde brauchten ja gar nichts weiter zu tun, als den deutschen Soldaten die Wahrheit über den Stand der Dinge und ihre eigenen Ergebnisse von der Westfront zu bringen: die feindliche Propaganda brauchte nur darauf hinzuweisen,

daß die deutsche Regierung vom Verteidigungskrieg zum Eroberungskrieg übergegangen sei.

Mit diesen Behauptungen hat die feindliche Propaganda ihre großen Erfolge errungen. Von deutscher Seite ist dieser Propaganda nichts Ebenbürtiges oder gar Ueberlegenem entgegengehalten worden. Die Agitation der Unabhängigen, die nun einsetzt, hat im wesentlichen die Gedanken der feindlichen Propaganda aufgegriffen. Diese Agitation arbeitet gegen den Eroberungskrieg. Gewiß war die Agitation der Unabhängigen international eingestellt, aber ich sehe keinen Beweis dafür, daß sie antideutsch eingestellt war. Einen fruchtbareren Boden hat die Agitation gefunden, als die Offensive mißglückte. Als diese letzte Karte nicht gestochen hatte, war es begreiflich, daß man sich sagte: So geht das nicht weiter! Auch der einfache Mann drang in die Wahrheit ein, daß jetzt eine Regierungsform allmählich ihrem Ende entgegen ging und daß jetzt etwas Neues kommen mußte. Das ist der letzte Grund für die Tatsache, daß nach dem Wählenden der Offensive die Agitation auf einen so fruchtbaren Boden fiel. Es ist psychologisch vollkommen unmöglich, es so darzustellen, daß im September 1918 noch eine kampflustige Armee bestand. Nun kommt die wichtige Frage:

Konnten wir weiterkämpfen? Ich muß die Frage rundweg verneinen. Das Kämpfen wurde in dem Augenblick unmöglich, in dem die Kriegshandlung kein vernünftiges Ziel mehr hatte.

Wenn dem entgegengehalten wird, das Ziel wäre gemein, eine Verbesserung der Bedingungen des Waffenstillstandes herbeizuführen, so halte ich das für eine völlig irrige Rechnung. Die Feinde hatten im Jahre 1918 von ihren Agenten sichere Nachrichten über die Zu-

stände im Innern Deutschlands, und der Feind konnte mit voller Sicherheit auf den Ausbruch der Revolution rechnen, die in aller Welt noch immer ausgebrochen ist, wenn ein Volk nichts mehr zu essen hatte. Bezüglich der Seeschlacht ist nicht einzusehen, warum man die Hochseeflotte nicht früher einsetzte. Warum hat man denn die große Schlacht nicht geschlagen, als wir zur großen Offensive einsetzten? Erst als man nichts mehr zu verlieren hatte, wagte man den Vorstoß, selbst auf die Gefahr hin, daß die Flotte zugrunde ging. Die Revolution der Matrosen war der Widerstand gegen das letzte Auslaufen der Flotte.

Was bleibt also für den Dolchstoß übrig? Nichts! Ich muß die Tatsache des Dolchstoßes ganz und gar verneinen. Ich bin der Ueberzeugung, daß die Idee des Dolchstoßes durch und durch Illusion ist, daß der Begriff entstanden ist aus dem Bedürfnis der konservativen Partei nach dem Verräter.

Der Ruf nach den Verrätern fand seine Auswirkung in der Legende, in dem Schlagwort des Dolchstoßes. Warum haben die Offiziere keinen Widerstand geleistet? Doch nur deshalb, weil über uns allen das Gefühl schwebte: Es ist die Zeit zu etwas völlig Neuem ausgebrochen. Es wäre falsch, die Offiziere der Feigheit zu zeihen. Wir alle waren vollkommen beherrscht von der Idee, die wir mit dem gemeinen Mann an der Front teilten, daß es so nicht weitergehe und daß etwas Neues gemacht werden müsse. Aus diesem Gefühl heraus hat sich auch Hindenburg der Revolution zur Verfügung gestellt. Nicht der Angriff auf die alten Autoritäten ist das Kennzeichen der deutschen Revolution, sondern der nicht geleistete Widerstand. Nach meiner Ueberzeugung kann es aus dem furchtbaren Erleben, wenn wir es für die Nation fruchtbar machen wollen, nichts anderes geben als die Verfestigung in den Tatbestand, daß Abg. Ebert damals als die Säule des konservativen Deutschlands das Werk des ersten Reichspräsidenten Bismarck erhalten hat, und ich zweifle nicht, daß eine fernere Zeit eine Verbindungslinie zwischen Bismarck und Ebert ziehen wird.

Der Sachverständige behandelte dann eingehend die Frage, inwieweit von einer objektiven bzw. subjektiven Fälschung in den „Süddeutschen Monatsheften“ gesprochen werden könne. Er verwies darauf, daß es außerordentlich schwer sei, eine subjektive Fälschung nachzuweisen, weil es oft sehr zweifelhaft sei, ob wirklich die Absicht der Fälschung vorhanden sei. Der Sachverständige verlas eine Reihe von Stellen aus den „Süddeutschen Monatsheften“, bei denen

der Vorwurf der subjektiven Fälschung gegeben erscheint.

Es folgte nun eine Reihe von Fragestellungen des Vertreters der klagenden Partei an den Sachverständigen. Dieser gab zu, daß in den Dolchstoßheften der Name Ebert im Zusammenhang mit den Dingen, um die es sich hier handelt, nicht genannt sei. Der Sachverständige hat aber beim Lesen den Eindruck gewinnen müssen, daß diese Seite im Zusammenhang mit der Kampagne gegen Ebert ihre Wirkung haben mußten.

Die klagende Partei stellt fest, daß den „Süddeutschen Monatsheften“ ungeheuer viel Material gegen Ebert zugegangen, daß dieses Material aber unbenutzt geblieben sei. Das sei ein Zeichen, daß man Material, das man nicht für tragfähig hielt, nicht zum Kampf gegen Ebert verwenden wollte. Auf eine weitere Frage bemerkte der Sachverständige, daß die beiden Dolchstoßhefte nicht so viel Sorgfalt verwenden, als notwendig wäre, solche Stellen, in denen schwere Beschuldigungen auf die Mehrheitssozialisten enthalten sein mußten, so zu modifizieren, daß die wirklich Schuldigen klar in die Erscheinung traten.

Hr. Dr. Firscher stellte fest, daß der in den „Süddeutschen Monatsheften“ abgedruckte Revolutionsalmanach nur unvollständig wiedergegeben ist.

u. a. haben die „Süddeutschen Monatshefte“ die Tatsache des Waffenstillstandsverlangens der Obersten Heeresleitung weggelassen.

Dr. Fischer erklärte dazu, daß das sehr nach Tendenz aussehe. Der Sachverständige erklärte, daß die psychologische Wirkung des amerikanischen Eingreifens in den Weltkrieg auf die Truppen wohl nicht von der Obersten Heeresleitung unterschätzt worden sei, daß diese aber mit dem Eintreffen so zahlreicher Amerikaner nicht gerechnet hätte. Richtig sei, daß die Oberste Heeresleitung, der Kaiser und der Kronprinz an den Reichskanzler Hertling das Verlangen gestellt haben, die Friedensresolution des Reichstages vom 19. Juli 1917 ausdrücklich und öffentlich zu widerrufen. Die Weiterverhandlung wurde auf Donnerstag vormittag 9 Uhr vertagt.

daß die deutsche Regierung in der Kriegserklärung an Frankreich jene unglückseligen Bomben erwähnt hat, die französische Flieger über Nürnberg abgeworfen haben sollten.

Diese Zweifel ist die Kritik des deutschen Vorgehens zuerst vom Ausland heringebracht. Von deutscher Seite ist nichts geschehen, um den Vorwurf zu entkräften. Deutschland und Oesterreich hätten auf die in gewissen Punkten entgegengesetzten Antworten Serbiens eingehen sollen. Man hat es im wesentlichen von Seiten der Regierung bei der reinen Darstellung gelassen, daß das deutsche Volk ohne Schuld und nichtsahnend von böswilligen Feinden überfallen worden sei. Hier stand die deutsche Volksaufklärungsarbeit vor einer fundamentalen Entscheidung.

Tatsache ist, daß das Verfahren der Aufklärung nicht versucht wurde. Der unausschießliche Erfolg mußte sein, daß nach und nach Zweifel in dem guten Glauben der Leute aufkamen.

Der Sachverständige fährt fort: Hier komme ich zur entscheidenden Auseinandersetzung mit Coßmann: Dieser steht auf dem Standpunkt, der Wille zum Sieg hätte unter keinen Umständen nachlassen dürfen, der deutsche Bürger und Soldat wäre zu diesem Willen verpflichtet. Wer in diesem Willen zum Siege schwankte, machte sich eines schweren Verbrechens schuldig, der beging schon innerlich den Dolchstoß. Coßmann verlangte den unbedingten Willen zum Sieg. Hier besteht ein psychologischer Irrtum. Die Zweifel an der Unschuld Deutschlands sind erwachsen, weil gewisse Tatsachen da waren, mit denen die Leute nicht fertig werden konnten. Die deutsche Regierung hätte die Beipflichtung gehabt, wenn sie die Einheit der Nation aufrecht erhalten wollte, das Volk über diese Frage wahrheitsgemäß aufzuklären. Die militärische Autorität war geistig so eingeschüchelt, daß sie nur befehlen und gehorchen konnte. Sie konnte sich nur vorstellen, daß die anderen geführt werden mußten, und sie kam nicht auf den Gedanken, daß sie letzten Endes in der Stunde der Gefahr, wo man ihres Willens bedürfte, doch Freiwillige waren.

Die Antwort auf die Frage, ob der Dolchstoßvorwurf richtig ist oder nicht, kann nur lauten: Der Vorwurf ist nicht richtig.

Er geht davon aus, daß der menschliche Wille ganz unabhängig von seinen Erfahrungen in einer bestimmten Verfassung beharren müsse. Das ist eine unmögliche Vorstellung. Ganz naturgemäß und ohne Agitation und ohne entscheidende Mitwirkung der Propaganda mußten solche Zweifel sich nach und nach in den Gemütern erheben. Von Seiten der Regierung ist nicht das Nötige geschehen, um die Zweifelnden in dieser Beziehung aufzuklären, und so hat sich schon im Kriege eine Trennung zwischen Regierung und Regierten im deutschen Volke breitgemacht. Coßmann sagt an einer Stelle: Nicht die Tatsache des Zusammenbruches war Dolchstoß, sondern die Art des Zusammenbruches. Man darf aber nicht übersehen, daß die Struktur des deutschen Staatswesens schuld daran trug, wenn zum Schluß sich die Zweifel der deutschen Nation gewaltig und häßlich geoffenbart haben.

Als zweiten großen Grund für die Enttöschung jenes Zweifelszustandes, der als Dolchstoß bezeichnet wird, kann man den Zweifel im deutschen Volke bezeichnen, der sich hinsichtlich der Kriegsziele erhob.

Es ist im Prozeß genaugenau erörtert worden, welche bedeutende Zweifel des deutschen Volkes und der deutschen Soldaten dabei hatte, daß die deutsche Regierung lediglich einen Verteidigungskrieg führte. Als die Verhältnisse schlechter wurden, mußte die Stimmung umschlagen. Ich gebe zu, daß die abstrakte Idee der Verteidigung keine greifbare geistige Nahrung ist für den Soldaten, aber es hätte doch bei ständiger Wiederholung der Erklärung der Bereitschaft, einen reinen Verteidigungskrieg zu führen, seine Wirkung gehabt. Das hätte das Verständnis der Soldaten immer mehr geweckt. Was die Friedensaktion anlangt, so schließe ich mich den Anschauungen Delbrücks an. Niemand kann bezweifeln, daß eine der Friedensaktionen zum Ziele geführt hätte. Hinsichtlich Belgiens hat sich bei den Soldaten wie auch in der Heimat die Meinung festgesetzt, daß im Kampf und im Frieden ausgehalten werden sollte, weil es sich um die Eroberungsziele gewisser Schwerindustrieller handelte.

In den Leuten wurde die Vorstellung geweckt, es handle sich letzten Endes nur um die Durchführung von Eroberungszielen, die der Obersten Heeresleitung von der Schwerindustrie diktiert waren, und auch hier muß ich wieder die Anklage erheben gegen die Art und Weise der Belehrung der Leute durch die militärischen und zivilen Stellen.

Die Kriegsgreuelpropaganda, die die „Süddeutschen Monatshefte“ ebenfalls erwähnen, hat nach meiner Meinung auf die Leute nicht viel Eindruck gemacht. Was die päpstliche Friedensvermittlung anlangt, war das Ergebnis des Untersuchungsausschusses, daß man die Frage nicht bejahen könne, und daß die Sache verwickelt wurde. Das ist also ein Freispruch wegen Mangel an Beweisen. Bei den weiteren zwei Friedensvermittlungsaaktionen kann man von einer verkappten Gelegenheit und verkappten Friedensmöglichkeit nicht die Rede sein. Von dem Ergebnis des Ausschusses zur Klärung der Kriegsgreuelfrage kann ich sagen, daß seine Ergebnisse für Deutschland außerordentlich günstig lauten, und daß die Bormärkte der Völkerverehrung, die gegen Deutschland erhoben worden sind, im weitestgehenden Maße widerlegt sind. Wenn dem Feldzugsfeldaten in den „Süddeutschen Monatsheften“ genau vorgerechnet wird, welche Art von Gewinnung sie haben mußten, wenn ihnen der Vorwurf des Dolchstoßes gemacht wird, weil sie hätten fliehen können, so ist hier ein Mangel an Einblick in die wirkliche Lage, der allein solche Denks- und Vorstellungs-

Pflichten ohne Rechte?

Konsumvereine - Preisabbau - Reichswirtschaftsrat.

Aus Genossenschaftskreisen wird uns geschrieben:

Ueber unsere Stellungnahme zu dem Schlagwort „Preisabbau“ können unsere Leser nicht mehr im unklaren sein. Der Reichskanzler Dr. Luther hat dieses Schlagwort in den wirtschaftspolitischen Streit hineingeworfen und hat den Arbeitgebern damit einen willkommenen Vorwand in die Hand gedrückt, Lohnherdhungen unter Hinweis auf den Preisabbau ablehnen zu können. Wir haben des öfteren Gelegenheit gehabt, in diesen Spalten über den Kampf der Konsumvereine gegen die Kartelle und Syndikate zu berichten. Dabei war festzustellen, daß die ungelunde Preisbildung in erster Linie den Bestrebungen der Kartelle zu verdanken ist, die den Warenpreis durch ihre Rechnungen der wirtschaftlichen, auf gesunde Konkurrenz beruhenden Preisbildung entziehen. Auf diese Weise gelangt die Ware schon zu einem unangemessenen Preis an den Kleinversteiler, der dann letzten Endes auch noch einen hohen Aufschlag damit begründet, daß sein Umsatz gering und die Unkosten hoch seien.

Die Konsumvereine und ihre Zentralen haben sich im Kampf gegen willkürliche Preisfestsetzungen zur Verfügung gestellt. Es ist ihnen gelegentlich einer Unterredung beim Reichskanzler attestiert worden, daß sie im Durchschnitt um 5 Proz. billiger als der Privathandel seien, und es kann demnach hinzugefügt werden, daß z. B. der Konsumverein Produktion in Hamburg auf Grund der Feststellungen des Statistischen Landesamtes mit seinen Warenpreisen 6 Proz. unter dem allgemeinen Preisniveau geliebt ist. Es ist auch bei jener Unterredung beim Reichskanzler ohne weiteres zugegeben worden, daß die Preise noch viel höher wären, wenn die Konsumvereine als Preisregulatoren nicht arbeiteten. Darum werden sie auch von allen denen wütend bekämpft, die sich in ihrer willkürlichen Preispolitik von den Konsumvereinen behindert sehen. Der Zentralverband des deutschen Großhandels hat neulich sein Kriegsbeil ausgegraben und ein Programm für die Genossenschaftsbekämpfung aufgestellt. Ueberieht man also das

preispolitische Terrain, so hat der Herr Reichskanzler im Kampf gegen die Leistung nur die Konsumvereine bzw. die Genossenschaften auf seiner Seite.

Man sollte nun annehmen, daß seine Regierung und vor allen Dingen das Reichswirtschaftsministerium die Genossenschaften in ihrem Bestreben unterstützt, zum mindesten aber sie nicht noch benachteiligt. Wenn man sich einer wirtschaftlichen Organisation bedient, so muß man doch der Ueberzeugung sein, daß sie geeignet ist, dem gedachten Zweck zu dienen, und hat man diese Ueberzeugung, so ist es mehr als sonderbar, daß man ihren wirtschaftlichen Einfluß im deutschen Wirtschaftsparlament, dem Reichswirtschaftsrat, schwächt anstatt ihn zu heben.

Anfang September 1925 erschien der Referentenentwurf für den endgültigen Reichswirtschaftsrat. Dieser Entwurf war zunächst vertraulich und ist erst Ende Oktober für die Öffentlichkeit freigegeben worden. Der Entwurf hat in erster Linie eine Herabsetzung der Zahl der Mitglieder im Auge. Es ist bei den Wirtschaftsgruppen ein Drittel der früheren Sitze in Vorschlag gebracht worden. Dagegen hat man der Landwirtschaft eine Verstärkung dieses Drittels zugesichert; ebenso ist die Zahl der von der Reichsregierung und den Ländern zu stellenden Abgeordneten nicht auf ein Drittel herabgesetzt, sondern von 24 auf 28 erhöht worden. Dem steht die Tatsache gegenüber, daß die organisierte Verbraucherschaft, also die Konsumvereinebewegung, welche 3/4 Millionen Familien mit ihren Bedarfsgütern versorgt, keinerlei Gewinnstreben hat und nur darauf bedacht ist, die Gegenstände des täglichen Bedarfs so billig wie möglich an die Verbraucher heranzubringen, nur mit ganzen zwei Dritteln bedacht worden ist, einen für den Zentralverband deutscher Konsumvereine in Hamburg und einen für den Reichsverband deutscher Konsumvereine in Düsseldorf. Wenn

also schon berechtigte Zweifel vorhanden waren, daß der Preisabbau nicht ernst zu nehmen war, so muß diese zu unmotivierter Zurücksetzung der Vertretung der Verbraucherinteressen auf das Vertrauen der breiten Masse geradezu den letzten Glauben an die Verbraucherfreundlichkeit der Regierung nehmen. Dieser Auffassung scheint auch die Deputation für Handel, Schifffahrt und Gewerbe in Hamburg zu sein, die sich aus Vertretern der Industrie, des Groß- und Kleinhandels sowie der Konsumenten zusammensetzt. Diese Deputation hat am 27. Oktober 1925 beschlossen, den Senat zu beauftragen, bei dem Unterausschuß des Verfassungsausschusses des vorläufigen Reichswirtschaftsrates unter anderem dahingehend vorstellig zu werden, daß die dem Zentralverband deutscher Konsumvereine als Verbrauchervertreter zugewiesene Zahl von einem Vertreter nicht ausreichend und unbedingt erforderlich sei, die Zahl der Vertreter auf 3 zu erhöhen.

Es sollte dem Reichswirtschaftsministerium zu denken geben, daß dieser Beschluß einstimmig gefaßt ist, das beweist nämlich, daß selbst den Handels- und Gewerbetreibern die Behandlung der Konsumvereine im Referentenentwurf des Reichswirtschaftsrates absurd erscheint.

Wenn so Wirtschaftspolitik getrieben wird, dann soll man sich nicht wundern, wenn die Konsumentenorganisationen es satt bekommen, vom Reichswirtschaftsministerium und seinen Referenten als Körperschaften betrachtet zu werden, die zwar Pflichten haben, denen man aber keine Rechte geben will. Es ist zu hoffen, daß sie, in dem Bestreben, entsprechend ihren Leistungen gewertet zu werden, nicht ermüden, und wenn es sein muß, auch von den Tribünen der Parlamente gegen das an ihnen begangene Unrecht in der großen Öffentlichkeit protestieren werden. Davon machen Vertreter von Produzenteninteressen im Uebermaß Gebrauch. Es scheint uns an der Zeit zu sein, daß auch die Verbraucher einmal mit gleicher Rücksichtslosigkeit an die Öffentlichkeit appellieren und sich nicht als Schenbrüdel behandeln lassen.

Der Arbeitsmarkt im September.

Das Reichsarbeitsblatt kennzeichnet nach den erst jetzt vorliegenden statistischen Erhebungen über den Arbeitsmarkt im September die Arbeitsverhältnisse in diesem Monat zwar als verschlechtert, aber noch nicht als ausgesprochen ungünstig. Inzwischen hat sich aber nach allen vorliegenden Berichten die Lage weiter verschlimmert. Für den September und Anfang Oktober sind folgende Ergebnisse der Arbeitsmarktstatistik zu verzeichnen:

Der September hat in dem Bestand der versicherungspflichtigen Krankenkassenmitglieder eine leichte Zunahme gebracht. Meldungen lagen vor von 5976 reichsgesetzlichen Kassen; bei diesen betrug die Gesamtzahl der versicherungspflichtigen Mitglieder am 1. September 14 201 182, am 1. Oktober 14 334 507; das kommt einer Zunahme um 33 325 oder 0,2 Proz. gleich. Der Vormonat hatte eine Abnahme von 0,3, der Juli eine solche von 0,9 Proz. ergeben.

Bei gesteigerter Inanspruchnahme der Nachweise ergab sich im Endergebnis für den Berichtsmontat eine leichte Verschlechterung in der Lage des Arbeitsmarktes. Gemeldet wurden im ganzen 1 193 000 Arbeitsgesuche (1 113 078 im August), denen 577 956 (570 572) offene Stellen gegenüber standen. Die Gesamtanbrangsziffer stieg infolgedessen von 195 im August auf 208 im September. Die Zahl der Vermittlungen hob sich von 443 741 im Vormonat auf 457 919 im September. Auf 100 Arbeitsgesuche entfielen demnach rund 38 (im Vormonat rund 40) und auf je 100 Stellenangebote 79 (im Vormonat 78) Vermittlungen. Die den Stand von Mitte Oktober erscheinende Stichtagszählung läßt eine weitere erhebliche Verschlechterung erkennen. Die Zahl der am Schlusse des Stichtages verfügbaren Arbeitswählenden stieg gegenüber der Mitte des Vormonats um 14 Proz., während die Zahl der verfügbaren offenen Stellen in fast doppelt so starkem Maße, nämlich um 26,7 Proz., abnahm.

Ab 1. Oktober 1925 verkaufen wir zu unseren **Engrospreisen Herren- und Damenstoffe** auch an Privatkundschaft
Tuchhaus Ehrig & Tiede Akt.-Ges.,
 Leipziger Straße 104, I. Stock (kein Laden),
 Geschäftszelt 9-7 Uhr. — Auf Wunsch Zahlungsvereinfachung.

Die Arbeitslosigkeit unter den Mitgliedern der in der Berichterstattung beteiligten Gewerkschaften zeigt im September eine weitere mäßige Steigerung. Auf 40 berichtende Verbände wurden am Stichtage, dem 26. September, unter 3,7 Millionen Mitgliedern 168 657 oder 4,5 Proz. als arbeitslos gezählt (gegen 4,3 im August und 3,7 im Juli).

Nach der Statistik der Arbeitszeitverfugungen stieg die Kurzarbeitsziffer weiterhin. Bei 35 Verbänden mit zusammen 3,15 Millionen Mitgliedern arbeiteten 268 186 oder 8,5 Proz. mit verkürzter Arbeitszeit (im Vormonat 6,9, im Juli 5,8).

Die Inanspruchnahme der Erwerbslosenfürsorge nahm weiter zu, den September hindurch in etwas schwächerem, in der ersten Oktoberhälfte wieder in etwas stärkerem Maße. Es wurden unterstützt am 15. September 251 530, am 1. Oktober 266 062, am 15. Oktober 297 628 Vollerwerbslose. Die Verschlechterung betrug demnach in der zweiten Septemberhälfte 5,8 Proz., in der ersten Oktoberhälfte 11,9 Proz.

Preisfestsetzung und Handelsvertragsverhandlungen. Bei den gegenwärtig stattfindenden Handelsvertragsverhandlungen mit Holland spielt, wie die „Konjunktur-Korrespondenz“ mitteilt, u. a. auch der Zollfuß für gehärtete Dese einen gewisse Rolle. Bekanntlich verwendet die deutsche Margarineindustrie besonders im Sommer in größerem Ausmaße gehärtete Dese, für die jedoch ein Zollfuß von 50 M. pro Tonne vorgesehen ist. Die freien deutschen Margarinefabriken beziehen die gehärteten Dese vorwiegend aus dem Auslande, während die ausländischen Konzernangehörigen Margarinefabriken in Deutschland hier eigene Härtungswerke besitzen. Wollte die freie Margarineindustrie sich beim Bezug der gehärteten Dese von diesen Trauunternehmungen abhängig machen, so müßte sie allein für die Härtung etwa 80 Mark je Tonne zahlen. Die Aufrechterhaltung des hohen Zolles wirkt also wiederum der Verbrütung und Ueberfremdung als Schrittmacher und trägt andererseits wesentlich zur Vertheuerung eines der wichtigsten Volksernährungsmittels bei. In deutschen Handfreien wird außerdem die Mitverzollung der Transportzölle bei der Einfuhr von Dese, die gewöhnlich mehrfach die Grenze passieren und bei jedem Transport erneut mit dem gleichen Zoll belegt werden wie der Inhalt, als sehr drückend empfunden. Auch hieraus ergeben sich verteuernde Wirkungen. — Bekanntlich hat sich auch die Arbeiterkassette der beteiligten freien Werte gegen die erwähnten Zollmaßnahmen zur Wehr gesetzt.

Stettiner Elektrizitätswerke. Die Stettiner Elektrizitätswerke hatten 1924 die höchste bisher erreichte Stromabgabe zu verzeichnen. Gegenüber dem Vorjahr stieg sie um 30 Proz. Ab August 1924 wurden die Strompreise um 10—15 Proz. herabgesetzt. Um den Verbrauch von Koch- und Heizstrom zu fördern, wird Kraft für diese Zwecke zum Preise von 10 Pfennig die Kilowattstunde geliefert. Ausstellungen von Koch- und Heizapparaten und die damit verbundene Werbetätigkeit haben die Stromabgabe für Heizzwecke in kurzer Zeit um ein Mehrfaches gesteigert. Trotz Preisfestsetzung erbrachte der gestiegene Absatz beträchtliche Gewinne. Neben den beträchtlichen Abgaben an die Stadt Stettin, der die private Konzessionsgesellschaft durch einen Konzessionsvertrag verpflichtet ist und die die Gesellschaft durch den Oberbürgermeister und den Kammerer im Aufsichtsrat kontrolliert, wird eine Dividende von 10 Proz. auf das Aktienkapital von 5 Millionen verteilt. Dem Abschreibungs fonds wurden 0,34 Millionen Mark hinzugefügt. Allerdings verdonkt die Gesellschaft das Ergebnis den günstigen Bedingungen, zu denen das zum weitaus größten Teil im Besitz der beteiligten Kreisverbände befindliche Großkraftwerk Stettin den Strom liefert, den die Stettiner Elektrizitätswerke gewissermaßen nur zu verteilen haben.

Zur Lage der Rastindustrie im Oktober wird gemeldet: Infolge der schlechten wirtschaftlichen Lage der Landwirtschaft mußte sie sich beim Abruf von Rastdüngemitteln starke Zurückhaltung auferlegen, so daß das Düngeliefergeschäft nicht den Erwartungen entsprach. Der Absatz an das Baugewerbe war weiterhin zurückgefallen. Der Verbrauch der Rastindustrie- und Schmelzmittelwerke ist etwas gestiegen. In dem Abruf der Eisen- und Stahlindustrie hat sich infolge der ungenügenden Lösungsmittel dieses Industriezweiges keine Veränderung ergeben. Auch die Anforderungen der Raststoff- und chemischen Industrie gingen nicht über den Bedarf der Vormonats hinaus. Hinsichtlich der Ausfuhr konnte erstmalig eine leichte Besserung verzeichnet werden. Eine gewisse Steigerung des Absatzes ist unverkennbar, doch ist die Lage der Rastindustrie nach wie vor nicht als gut anzusprechen, zumal einzelne Wirtschaftszweige einen Beschäftigungsgrad von nur 30 Proz. und darunter aufweisen.

Jugendveranstaltungen.

Saxien am Resolutionsfest am Sonntag, den 8. November, vormittags, im Großen Schauspielhaus sind zum ermäßigten Preise im Jugendsekretariat erhältlich.

Wahuna, Mitglieder des Bezirksverbandes und der Kommission für Reich und Welt! Seht euch rechtzeitig 6 Uhr ständliche Sitzung. Anschließend um 7 1/2 Uhr die Sitzung des Bezirksverbandes.

Heute 7 1/2 Uhr Abteilungsmitgliederversammlungen:

Gebäudebezugs: Schule Götterburger Str. 2 — Schönbauer Vorplatz II: Schule Thienstr. 17. — Schönbauer Vorplatz II: Schule Oberwallstr. Str. 10. — Schönbauer: Jugendheim Rindlerstr. 3. — Freidenker: Schule Offenbacher Straße 5. — Schülerhilfe: Jugendheim Albrechtstr. 14a. — Schülerhilfe: Große Wilhelmstraße. — Johannisthal: Rathaus am Rindlerplatz.

Beginn des Bildungsabends. Thema: „Geschichte der Arbeiterbewegung“. — Verbeist: Offen: Donnerstags, ab 12. (nicht heute!) November, im Jugendheim Rindler Str. 10a. Ref.: Genosse Rauch. — Verbeist: Offen: Donnerstags, ab 8. November, in der Schule Schöneberg, Hertrichstr. 56. Ref.: Genosse Rinkenheim. — Verbeist: Offen: Sonnabends, ab 7. November, Schule Götterburger Str. 2. Ref.: Genosse Böhm.

Andere Themen: Verbeist: Offen: Donnerstags, ab 5. November, im Jugendheim Rindler, Rindlerstr. 15. Genossin Dora Rabbin über: „Entwicklung des Sozialismus“. — Beginn überall abends 7 1/2 Uhr.

Abt. Vorkurs. Resolutionsfest am Sonntag, den 8. November, in der Schulaula Bantow, Bantowstr. 131. Beginn 7 1/2 Uhr. Saxien zum Preise von 60 Pf. sind an der Kasse zu haben.

Geschäftliche Mitteilungen.

Großes Interesse findet seit Wochen die „15 000-Mark-Gesche“ der Rastindustrie. Bekanntlich verteilt Herr K. im Auftrage der Firma Döllsch 15 000-Mark-Gesche an freie Käufer ihrer Rast-Produkte. Man kann beobachten, wie das rüstende Publikum sich eifrig auf die Gesche bedient, in der Annahme, dem Glückseligen, Herrn K., zu begegnen. Doch hat sich in den nächsten Tagen nach der Bekanntgabe der Gesche die Stimmung beruhigt, um die übliche Spende zur Verteilung zu bringen. Die nächsten nächsten Gesche sind nicht da!

Better für Berlin und Umgebung. Westdeutsche Bevölkerung, etwas höher, keine erheblichen Niederschläge. — Für Deutschland. In Westdeutschland zunehmende Bewölkung, in Mitteldeutschland teils heiter, teils wolfig ohne wesentliche Niederschläge, in Norddeutschland abnehmende Niederschläge, überall verhältnismäßig warm.

„Morgen ist Sonntag,
 außerdem freue ich mich sehr auf unsere Gäste. Wie werden sie sich über unser dröhliges Büchsen freuen und sicherlich auch über die schöne Torte, die ich backen will. Schnell noch einen Blick in mein kleines Oetker-Buch, ob ich auch alles dazu habe.“
 Machen Sie sich bei passender Gelegenheit diese freundlichen Gedanken einer jungen unternehmungslustigen Frau zu eigen und versuchen Sie:
Buttercreme-Torte
 nach folgendem Oetker-Rezept:

| Zutaten: | |
|---|---|
| Teig: 100 g Weizenmehl, 100 g Dr. Oetker's Gustin, 200 g Zucker, 3 Eier, 4 Eßlöffel Wasser, 1/4 Päckchen Dr. Oetker's Backpulver, das Abgeriebene und 1 Eßlöffel Saft einer Zitrone | Crema: 1/2 Liter Milch, 1 Päckchen Dr. Oetker's Vanille-Puddingpulver, 150 g Zucker, 175 g Butter oder Margarine, 30 g Palmöl, 25 g geriebene Mandeln |

Zubereitung: 3 Eier werden mit dem Zucker, 4 Eßlöffel Wasser, dem Abgeriebenen und dem Saft der Zitrone schaumig gerührt. Nach und nach gibt man das mit dem Ei in gemischter Milch und Gustin hinst. verfährt alles glatt und leicht zuletzt den steif geschlagenen Schnee unter den Teig, gibt ihn in eine geknetete Form und backt bei gelinder Hitze. Crema: Von 1/2 Liter Milch, 150 g Zucker, 1 Päckchen Vanille-Puddingpulver kocht man nach angegebener Vorschrift einen Pudding, den man bis zum Erkalten rührt. Danach schlägt man 175 g Butter und 30 g Palmöl schaumig und rührt teilweise die Crema darunter. Das erkaltete Tortenboden schneidet man in 3 Scheiben, bestreicht jede Teil mit der Crema und setzt sie aufeinander. Die Oberfläche und die Seiten bestreicht man ebenfalls mit der Crema und garniert die Oberfläche mit dem Spritzbeutel. Die Torte bestreut man mit den geriebenen Mandeln, die vorher in etwas Zucker und Butter braun geröstet sind.
 In den Berliner Hausfrauen-Vereinen kommt nur Dr. Oetker's Backpulver „Backin“ zur Verwendung. Verlangen Sie vollständige Rezeptbücher kostenlos in den Geschäften, wenn vergriffen, unsonst und portofrei von:
Dr. A. Oetker, Bielefeld

Theater, Lichtspiele usw.

Volksbühne
 8 Uhr
 Zum 25. Male
Der Kaufmann von Venedig
 Morgen 3 Uhr
FIESCO

Staats-Theater
 Opernhaus
 7 1/2 Uhr: Carmen
 Opernhaus
 am Königplatz
 7 1/2 Uhr: Mignon
 Schauspielhaus
 8 Uhr: Peer Gynt
 Schüler-Theater
 8 Uhr: Minna von Barnhelm

Städtische Oper
 Charlottenburg
 7 Uhr:
Tannhäuser
 Abonnements-Turnus II

Deutsches Theater
 7 1/2 Uhr:
Der Kreidekreis
 von Klabund

Kammerspiele
 8 1/2 Uhr:
Das Apostelspiel
 von Max Mell

Die Komödie
 Kurfürstendamm 207
 8 Uhr
Gesellschaft
 v. John Galsworthy
 Regie: M. Reinhardt

Residenz-Th.
 8 Uhr:
Circus Heirat
 Hosterberg, Sabo Engers, Mattoni

Thalia-Th.
 8 Uhr:
Annemarie
 Lotte Neumann Paul Heldmann Dora Baselt

Kleines Th.
 7 3/4 bis 8 Uhr:
Die Alarmpolke
 Leipzig-Alte Opernstr. 10
 Werbzeirk, Ander Albers, E. Burg

Trianon-Th.
 8 Uhr:
Stockzeitstage
 von Geraldv

Berliner Theater
 8 Uhr:
Antonia
 Gastspiel d. Dtsch. Volkstheater Wien

Theat. d. Westens
 Das große Operettenhaus
 Tägl. 8 Uhr:
Leo Soldi und Ed. Lichtenstein
 als O. in
Der Orlow

Deutsches Künstler-Theater
 Tägl. 8 1/2 Uhr:
Gastspiel
Fritzi Massary: Die Teresina

Th. a. Nollendorfpl.
 Tägl. 8 Uhr:
Der letzte Kuß
 Operette von Ed. Winterberg
 Falt, Vossner, Sauter, Fick, Voss, Rath, Hill, Stg., Mittw. u. Sod. Märchenvorstellung
Doraröschchen.

Lustspielhaus
 8 Uhr:
Potash & Perlmutter
 II. Teil

SCALA
 8 Uhr:
Internat. Varieté

Großes Schauspielhaus
 8 1/4
Für Dich
CHARELL-REVUE
 300 Mitwirkende
 Parkett 12 M., Loge 12 M., 1. Rang 12 M., 2. Rang 12 M., 3. Rang 12 M.
3ter Rang 75 Pf.
 Sonntag nachm. 3 Uhr
 unverkürzt zu ermäß. Preisen.

Trabrennen Mariendorf
 Donnerstag, d. 5. November
 mittags 12 Uhr

WALHALLA
 Vorbesprechung, im Reichstheater Platz

Größte in Berlin
Ringkampf-Konkurrenz
 40 Intern. Ringer 40
 von Wolfrum
 Gr. Varieté-Teil
 Anfang 8 Uhr. Preise 1.-, 2.-, 3.-

Elite-Sänger
 Kochstr. 88. — Tel. Npl. 160 77.
 Täglich 8 Uhr u. Sonntag nachm. 3 Uhr (zu beiden 1 reiner).
 Der alte Berliner Lehrer, Lebensbild
 Vom Schluss: 77 Jugendsünde 77
 sowie 60 unvergleichliche Solisten.

Theater in der Lützowstr. 112
 Täglich 8 Uhr
D. Mädel u. Riehl
 onst. nachm. 4 U:
 Schneewittchen
 Vorzeit zahl. (auch tags) halbe Preise, nachm. v. 25 Pf. an abends v. 50 Pf. an

Browny-Blues
 Theater in der Nollendorfstr. 8
 8 Uhr:
Don Juan u. Faust
 Preis 8 Uhr: Wie es euch gefällt

Die Tribüne
 Tägl. 8 Uhr:
Kurück in Keilsteinhaus

Konradienhaus
 Tägl. 8 Uhr:
Kopf oder Schrift

Wallner-Theater
 Täglich 8 Uhr:
Fäden

HALLER REVUE
 Theater im Admiralspalast
„ACHTUNG! VELLE 505!“
 II. Rang von 2 Mk. Parkett von 4 Mk. Logen von 8 Mark

Central-Theater
 8 Uhr:
Trieschübel!

Metropol-Theater
 Heute geschlossen. Freitag 8 Uhr: veranlagt: des Vereins Berliner Presse: Generalprobe
No No Nanette
 Sonntag, 7. Nov. 7 1/2: Premiere des Weiterfolgs: die Tänzerin

Rose-Theater
 8 1/2 Uhr:
Humorstudenten

Casino-Theater
 Täglich 8 Uhr:
Die Frau im gefährlichen Alter
 sehr zu sein: Programm Volkstümlich. Preise

Circus Busch
 7 1/2 Uhr Letzte Woche
Reinland-Festspiel
Neue November-Spezialitäten
Berg lustige Ironie Gruppe
 Der Mann in der Kanne
 Prolong. Miraco
Fliegendes Torpedo

Komische Oper
 — Dir. James Klein —
Größte Revue der Welt
Von A bis Z
 Das Gewaltigste an Ausstattungspracht, was je auf einer Bühne gezeigt worden ist
 46 Bilder! 300 Mitwirkende!
Das Tagesgespräch Berlins
Parkett 6.- M.
 Preise 2.- bis 12.- M (Logen 15.- M.)
 Vorverkauf ununterbr. geöffnet

SCHWEIZER-MUSIKHAUS
 liefert Quali äismusik direkt auf Teilzahlung
 Riesenslager in Musikplatten erster Marken / Eigene Reparatur-Werkstätten

Bestaufstellen:
 Dönhofsstr. 23
 Grünauer Straße 5, 7, in den dortigen Str. 117, Götterburger Str. 130

Deberstr. Berliner Allee 21
 20. März str., Berliner Str. 135
 Se. reise: Mühlentorstr. 19
 Göttergebäude

WINTERGARTEN
 ! November - Sensationen !
 auf allen Gebieten der internationalen Varieté-Kunst
 Sonntag, nachm. 7 1/2 Uhr — halbe Preise
 500 Raucher gestattet

APOLLO-THEATER
DER MANN DER SICH VERARBEITET

Reichshaus-Theater
 Altes Theater
Stettiner Sänger
 Nachm. halbe Preise

Dönhoff-Brett!
 Familien-Varieté
 Täglich 8 Uhr
 Sonntag 5 1/2 Uhr

Reichshaus-Theater
 Altes Theater
Stettiner Sänger
 Nachm. halbe Preise

Dönhoff-Brett!
 Familien-Varieté
 Täglich 8 Uhr
 Sonntag 5 1/2 Uhr